

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 M., bei Selbstabholung 2.10 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., für 1 Monat 2.20 M. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf.) — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 608.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltenen Petizelle 50 Pf. und 50% Tenerungsüberschlag — 75 Pf.
Desgl. bei Plakatvorrichtung 55 Pf. und 50% Tenerungsüberschlag — 80 Pf.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Offensive der Reaktion.

Noske geht zu Hindenburg.

Ein lästiger Billsteller.

Berlin, 16. November. Die Post berichtet über einen Besuch Noskes bei Hindenburg, wonach der Minister wie ein lästiger Billsteller vom Feldmarschall empfangen worden ist. Hierzu wird offiziell berichtet:

Als feststand, daß Feldmarschall Hindenburg als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß erscheinen werde, ist vom Reichswehrministerium aus alles getan worden, was möglich ist, um dem Feldmarschall die Reise und den Aufenthalt in Berlin so bequem wie möglich zu machen. Es ist ihm ein Salzwagen gehalten worden, für Berlin ein Auto und ein Offizier zum Dienst beim Feldmarschall kommandiert worden. Der Feldmarschall hat im Arztsministerium Besuch gemacht und darauf haben ihm Oberst Reinhardt als Chef der Heeresleitung und der Reichswehrminister Körte ihre Aufwartung gemacht. Der Feldmarschall erludigte sich hierbei in regstem Interesse nach den Zuständen in der Reichswehr und erzielte gute, sachverständige Ratschläge (!). Über den weiteren Ausbau unserer geringen (?) Wehrmacht, die selbstverständlich ernste Bedeutung finde.

Proteste der Regierungssozialisten.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung der L. S. sozialisten gegen die deutsch-nationalen Kundgebungen der Reichssozialisten meist sehr scharfe Worte. Der Vorsitzende erklärte u. a.: „Läßt uns die Regierung morgen im Stich, so bin ich der erste, der die Arbeiter aufzutreten wird, zur Selbsthilfe zu rufen.“) Ministerialrat Berger, der Vorsitzende der Groß-Berliner Bezirksorganisation der Reichssozialisten, führte aus: „Wenn die sozialdemokratischen Regierungsmitsäder ihre bürgerlichen Kollegen nicht für ein Einheitsreinen die Fronteure gewinnen können, so müssen die Sozialdemokraten aus der Regierung herausgehen. Wenn jetzt nicht von der Regierung Abrechnung geschafft wird, so machen wir sie selbst.“ (Worte, Worte, nichts als Worte. Red. d. L. S.)

Die Diskussionsredner wandten sich vielfach noch weit heftiger gegen die Passivität der Regierung. Die Reichswehr schrie nur ein, wenn es gegen Link gehe. Mehrfa ch forderten sie den sofortigen Rücktritt Noskes. (Und

wenn er spricht, erhält er einstimmig ein Vertrauensvotum. Red. d. L. S.)

Gewohnt Rederenten wie Diskussionsredner traten für eine Einigung des Proletariats als letztes Mittel ein, der Reaktion Herr zu werden. In mehreren Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der die Parteilinie aufgesordnet wird, sofort mit den Führern der U. G. P. zusammenzutreten und unter Hinwendung aller parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten über bis Mittel und Wege zu beraten, die zum gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen die Reaktion führen könnten. Es geht um den letzten Rest der Revolution. Zerner wurde in allen Versammlungen noch folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten sind gewillt, die revolutionären Gruppierungen mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen. Sie fordern, daß die zuständigen Behörden mit der bisher geliebten Nachsicht gegenüber den deutsch-nationalen Treibherren brechen und mit aller Stärke dagegen eintreten. Sie fordern insbesondere, daß endlich darangegangen wird, die noch immer in den entschädigten Staats- und Reichsstellen tätigen reaktionären Beamten und Offizieren, die zum Teil abschärflich Konkurrenz herauftreiben, rücksichtslos ohne Pension zu entlassen. Ebenso soll sofort und ohne alle Pension alle Schulgäste zu entlassen, die die Teilnahme der Schüler an deutsch-nationalen Demonstrationen während der Schulzeit veranlassen oder dulden. Die Versammlung richtet an die gesamte Arbeiterschaft die dringende Aufforderung, den Bruderkrieg einzuhören und sich zum Kampfe gegen die Reaktion einheitlich zusammenzuschließen.“

(Die Resolution enthält also nichts von einem Einigungsvor- lach. Red. d. L. S.)

Ein Fühler des Vorwärts.

Berlin, 17. November. (Eigene Drahtmeldung der L. S.) Die Freiheit hatte in ihrer gestrigen Morgennummer als Voraussetzung einer Verständigung zwischen den Parteien die Belebung des Belagerungszustands gefordert. Darauf antwortete der Vorwärts heute: „Wir sind mit der Forderung nach Aufhebung des Belagerungszustands durchaus einverstanden. Wir halten die Aufhebung für sofort durchführbar unter der einzigen Voraussetzung, daß von allen Seiten darauf verzichtet wird, Meutungen mit Gewalt durchzuführen und andern auszuwenden. Auch ohne den Belagerungszustand stehen heute der Regierung diejenigen Machtmittel zur Verfügung, ohne die nach ausdrücklicher Erklärung der Freiheit keine Regierung bestehen kann, und die auch ausreichen, um Gewalttäteiten zu verhindern, vorausgesetzt, daß von den großen Parteigruppen der Verzicht auf jede Gewaltanwendung erfolgt. Mit den Putschisten von rechts wird die Regierung schon fertig werden.“

Der Schluss ist eine lahm Verkrüppung. Die Herren am Regierungstisch hoffen so lange, bis die lebte Hoffnung zerstört ist. Und die Arbeiterschaft friert und hungert. Das ist die Folge der Politik, die die Hauptaufgabe in Wiederaufrichtung und Schutz des Kapitalismus sieht und der Sozialisierung scheu aus dem Wege geht.

Schneeverwehungen und Verkehrsstörung.

Berlin, 17. November. In ganz Deutschland gingen enorme Schneefälle nieder. Nach dem Schneefall in der Nacht auf den Sonntag wurde gestern in Berlin eine Schneedecke von 25 Centimeter festgestellt. Die Blätter heben hervor, daß die Güterzüge durch die Eisenbahn gestern geringfügig waren, da die Güterzüge vielfach liegen blieben.

Die Zukunft des Untersuchungsausschusses.

Am Mittwochabend findet in den Geschäftsräumen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses eine Sitzung des Ausschusses mit den Fraktionsvorsitzenden statt, die sich mit dem sogenannten Gang der Untersuchung durch den Ausschuss beschäftigen soll.

Kehrt zurück — alles wird vergeben.

Die ballischen Landsknechte kommen alle zurück.

Wolfsbureau verbreitete am Sonnabend folgende Meldung:

Berlin, 15. November. Der (deutsche! Red. d. L. S.) Vorsitzender der Entente-Kommission für das Baltikum, Admiral Hopmann, hat Mitteilung erhalten, daß der Führer der russischen Armee, Awasow-Bermont, sich mit seiner ganzen Armee gestern nach dem Befehle des Generals v. Eberhard unterstellt hat. Dieser wird alles versuchen, die geordnete Rückführung der ehemalig reichsdeutschen Truppen zu ermöglichen.

Die Regierung hatte bekanntlich erklärt, wer bis zum 11. November nicht zurückkehrt ist, gelte als Landesverräter. Herr Noske hatte des Scheins halber einige zehntausend (wie doch?) Strafverfolgungen wegen Fliehensflucht usw. eingeleitet lassen. Wir sind gespannt, mit welcher Begründung nunmehr die Regierung die teilweise blinden Söhne, die gerade in den letzten Tagen verdiente Teile im Baltikum bezogen, aufnimmt. Die Regierungsverfügungen enthalten sich einmal wieder als papierene Drohungen.

Vom Satirspiel zur Tragikomödie.

Die Sitzung des Untersuchungsausschusses am Sonnabend hat mit einem großen Skandal geendet. Im Verlauf der Untersuchungskomödie, über deren Einzelheiten wir an anderer Stelle berichten, kam es infolge provozierenden Auftretens des Herrn Helfferich zu einem bezeichnenden Zusammenstoß zwischen diesem und unserem Ge- nossen Dr. Cohn, der — wir müssen sagen leider, da der ganze Untersuchungstrummel ein Hornberger Schießen wird und Seite und Kraftvergleich bedeutet — Mitglied des Untersuchungsausschusses ist. Herr Helfferich mag Cohn nicht leiden. Das kann niemand verheimchen und dürfte auf Gegenseitigkeit beruhen. Herr Helfferich, ein deutschbewußter Mann, der weiß, was er seiner tonitronischen Cippshälfte schuldet, lehnt Genossen Cohn als Richter ab. Wozu dienen noch dazu jüdische Plebejervertreter Rede und Antwort stehen? Ist es nicht schon eine nationalistische Aufopferung, diesem jüngelassenen Regierungssindel — um mit dem Gesinnungskreis Helfferichs, mit Oberst Reinhardt, zu sprechen — Rede und Antwort zu stehen? Und nun war erst die lästigen Querfragen dieses Sozis Cohn, die selbst einen von seinem geistigen Übertragen überzeugten Mann wie Helfferich aus dem Konzept bringen können. Diesem Cohn muß ein Denkmal gegeben werden, daß ihm die Faust zum Fragen vergeht.

Die Komödie beginnt: Genosse Cohn stellt eine Frage, die Helfferich öffentlich in die Enge treibt. Dieser erklärt, er bitte, davon „befreit“ zu werden, fragen Dr. Cohn direkt beantworten zu müssen“. Der Untersuchungsausschuss weist diese Verhöhnung und Herausforderung mit seinem Wort zurück, im Gegentell, sein Vor- sitzender Warmuth, ein Parteifreund Helfferichs, versucht, dessen Auffassung von seiner Rolle vor dem Ausschuss mit formalen Rechtsgründen in Einklang zu bringen. Es folgt eine grobartige anderthalbstündige Geheimberatung über die Frage, ob ein vom Untersuchungsausschuss Gedächtnis ein Mitglied des Ausschusses ablehnen und dessen Fragen unbeantwortet lassen könne. Mit vier gegen zwei Stimmen, des Konservativen und des Zentrumsvertreters, bei Stimmenhaltung des Genossen Cohn, wird die Frage verwirkt, jedoch zugestellt, daß gemäß der Strafprozeßordnung der Ver- nommene die Aussage verweigern kann, wenn er glaubt, sich strafbar zu belasten. Der Besluß verlangt also, daß Helfferich auf jede Frage des Ausschusmitglieder zu antworten hat. Auf die Frage des Vorstehenden Warmuth an Helfferich, ob er sich diesem Beschlusse füge, antwortet dieser unter Beifall der Zuhörer und der Mehrheit der Pressevertreter (!) mit einem netten runden Nein. Für diese Weigerung hat der Ausschuss den weiteren vorbeugenden Besluß mit denselben Stimmenverhältnis gefaßt, daß die Zeugnisverweigerung ohne gesetzlichen Grund eine Geldstrafe von 200 Mark und die durch die Verweigerung entstandenen Kosten nach sich zieht. Der reaktionäre Vorstehende glaubt sich keinen würdigeren Abgang verschaffen zu können, als daß er demonstrativ aus Verärgerung über das Überstimmen den Beschluss bestätigt und seinen Vorwurf niedergelegt. Dohlsender Beifall im Zuschauerraum, wo die Welt der Nichtstauer und Parasiten das Banner der Deutschen Nationalen aufgerichtet hat, und Händelslatschen bei der Mehrheit der bürgerlichen Meinungsproduzenten und politischen Brunnengästen. Herr Gothein, der nunmehr als Präsident steht, beschwört Helfferich in beweglichen Tönen, doch die Gründe anzugeben, weshalb er Genosse Cohn die Antwort verweigere. Jetzt ruft Helfferich mit der Sprache heraus: Er müsse Cohn ablehnen, denn dieser habe sich von Josse, dem bolschewistischen Botschafter in Berlin, quasi Bestechungsgeldern geben lassen zu dem ausgesprochenen Zweck, Deutschland auf dem Kerbholz usw. Es ist natürlich für Genosse Cohn ein Leichtes, diesen abgestandenen Schwund abzutun und den tatsächlichen Vorgang ins rechte Licht zu stellen. Mit Recht weist unser Genosse darauf hin, daß dieser Vorwand Helfferichs nur dazu dient, daß die alte Taktik hat den Dieb! anzuwenden und die niederschmetternden Anklagen auf die Hauptverdächtigen und Kriegsverlierer, in deren vorübergehender Front Helfferich steht, auf andre abzuwälzen. Nunmehr mehr wird Helfferich in die Enge getrieben, er sucht unsern Genossen feindlich zu unterbrechen. Als das vom Vorstehenden Gothein verweigert wird, packt Helfferich seine Akten, erhebt sich und schlägt sich an, den Saal zu verlassen. Der Vorstehende sucht die Situation zu retten, er schlägt schnell die Sitzung. Tableau!

Das zynische Gebaren Helfferichs kann niemand wundern, denn die Herausforderungen der Reaktion in der letzten Zeit gipfeln fast. gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

verfolgte. Von Tag zu Tag neigten sich nationalsozialistische Anmaßung und alldemische Radau zu. Die Herrschaften fühlten sich überaus. Kein Wunder, denn die Regierung lädt sie ruhig gewöhnen. Ihr stärkster Mann, der maulgewaltige Herr Noske, verdeckt sich ins Mausloch. Mit den Deutschnationalen mag er nichts zu tun haben. Als ihr dienstschlüssiger Balkan läuft er schnell zu Hindenburg, worauf die reaktionäre Presse den Herren Reichswehrminister mit verdientem Spott als lästigen Bittsteller hinstellt. Dabei ist die reaktionäre Presse über die Ansichten Hindenburgs gut unterrichtet. Während seine Partei gegen Hindenburg und die monarchistischen Drahitzieher protestiert, läuft Herr Noske zu dem Urheber des Berliner Skandals. Ein Schauspiel für Götter! Herr Noske weiß, was er der „Armee“, die ja deutschnational bis auf die Knochen, schuldig ist. Der Herrscher Berlin ist nicht Noske, sondern Lubendorff, der wiederum Playhalter für die Dynastie Hindenburg ist. Auf diesem Hintergrund spielt sich das Saitenspiel im Reichstag ab. Das standeslose Verhalten Helfferichs, vor dem der Ausschuss kapitulierte, indem er die Sitzung abbrach, eröffnet interessante Perspektiven für die Vernehmung Hindenburgs und Lubendorffs am heutigen Montag.

Als sammernbe Elegotheater stehen angesichts des frechen reaktionären Treibens, das im Auslande verständnisvoll beobachtet werden wird, die Scheidemänner da und greifen über Helfferich und Trabanten. Der Feind steht rechts, so geht Scheidemanns Ultanei von neuem los. Die Monarchisten wollen das demokratische Deutschland vernichten. Ein Kampf um Leben und Tod beginnt. Herr Scheidemann spekuliert auf Gedächtnisschwäche und Indifferenzmus. Das deutsche revolutionäre Proletariat hat einen zu gutes Gedächtnis, als daß es schon alle die Nichtwürdigkeiten der Rechtssozialisten vergessen hätte, die in ihrer Verbündeten gegen Helferich alles taten, um der Reaktion die Stieglitz zu halten. Wer bestieß die Monarchisten um Hilfe, wer rutschte vor den althergebrachten Generälen auf dem Bauche, wer ließ die reaktionären Gewalten und Bürokraten unkontrolliert in Amt und Würden, wer posaune immer wieder zum Kampf gegen die Linke? Jetzt erfolgt die Gegenrechnung der durch die Schulz und Mithilfe der Regierungspolitischen wiederum erstarnten Reaktion. Sie fordert Einlösung ihrer Rechnung und wird sich deren Begleichung zu verschaffen suchen.

Voll Ingram verfolgt das Proletariat das Saitenspiel im Reichstag wie die Tragödien der regierenden rechtssozialistischen Partei. In einer Zeit, da der überwiegende Teil der Bevölkerung infolge des Kriegswahns von Tag zu Tag mehr verelendet, da werden alle diejenigen, die diese Tatsachen feststellen, entweder verfolgt, lebensbedroht oder eingekerkert, während sich die Hauptshuldigen all des Elends höhnend hinstellen und das schwerleidende deutsche Volk mit kaum zu überbietender Schamlosigkeit herausfordern. Die vor dem Untersuchungsausschuss herumzuladen Verbrechergruppen, die Helfferich, Lubendorff, die Jagow, Hindenburg, sind vom deutschen Proletariat schon längst schuldiggesprochen, obgleich die vom Proletariat immer wieder erhobene Forderung abgelehnt wurde, Revolutionstribunale nicht zur „Vernehmung“, sondern in Aussicht Millionen hinterliebener Kriegsschäppel, Kriegsdramen und Katastrophen zur Aburteilung zu errichten. Weder die Kriegsverbrecher mit eiskalter Stirn die Geschichte zu säubern versuchen, die Geschichte wird ein Schuldig sprechen. Aber auch die Mittschuldigen sind erkannt. Ihnen fehlt die Berechtigung, über Helfferich und Konsorten zu urteilen. Und darum hat das Proletariat, das auch in dieser Frage verraten wurde, und darum seinen eigenen Weg geht, weder am Ausgang des Saitenspiels im Reichstag, noch an der Tragödie der rechtssozialistischen Regierungspartei irgendwelches Interesse. Die Reaktion wie die heutige Regierung, beide wollten den Kampf — mögen sie sich drin südeln!

Helfferich gegen Genossen Cohn. Aus dem Untersuchungsausschuss.

Im Verlauf der Sonnabendtagung wird die Vernehmung Helfferichs fortgesetzt. Er verlässt die Haltung Amerikas als zweideutig in der Friedensfrage hinzustellen und bezeichnete die amerikanische Regierung als deutschfeindlich. Eindeutig beschäftigte man sich mit dem Fall Bismarck, der in seiner Eigenschaft als deutscher Generalstaatsrat am 1. Mai 1918 eine Todesstrafe mit 20 Jahren verhängt wurde, und darum keinen eigenen Weg geht, weder am Ausgang des Saitenspiels im Reichstag, noch an der Tragödie der rechtssozialistischen Regierungspartei irgendwelches Interesse. Die Reaktion wie die heutige Regierung, beide wollten den Kampf — mögen sie sich drin südeln!

Abg. Dr. Cohn: Erwartete Dr. Helfferich, der also keine Anhaltspunkte dafür hat, daß die amerikanische Regierung das Verfahren gegen Bismarck eingeleitet hat, daß die amerikanischen Behörden eine zu ihrer Kenntnis gekommene Übertragung eines gültigen amerikanischen Gesetzes nicht verfolgen sollte?

Vorl. Warmuth: Das gehört wohl nicht hierher. Das wäre ja keine Tatsache, sondern ein Nutzen.

Abg. Dr. Cohn: Für mich ist die Antwort wichtig zur Feststellung der Methode der Helfferichschen Aussage. Aus der Antwort dürfte mit hervorgehen, was wir von den Ausführungen Dr. Helfferichs zu halten haben.

Helfferich: Ich habe bisher noch niemals Fragen Dr. Cohns direkt beantwortet und bitte, mich davon auch weiterhin zu befreien. (Entgegnung bei den Ausschussteilnehmern.)

Vorl. Dr. Warmuth: Das bedeutet also eine Beugnisverweigerung gegenüber direkten Fragen des Ausschussteilnehmers Dr. Cohn.

Helfferich: Wenn ich vor einem Gerichtshof stände, würde ich nach der Strafprozeßordnung das Recht haben, Dr. Cohn als Richter abzulehnen.

Vorl. Warmuth: Die Funktionen des Ausschusses sind verfassungsmäßig der Strafprozeßordnung gleichzustellen. Sie sollen funktionsmäßig Anwendung finden. Unentbehrlich ist noch die Frage, inwieweit die Bestimmungen über die Strafprozeßordnung auf das Zeugnisverweigerungsrecht zutreffen. Über selbst, wenn dies der Fall wäre, würde ein Zeugnisverweigerungsrecht nur vorliegen, wenn der Zeuge sich durch die Beantwortung einer Frage strafbar machen würde. Ich bitte also um Erklärung des Zeugen, ob wir auf bestimmte Fragen des Ausschussteilnehmers Dr. Cohn von ihm eine Antwort nicht erwarten können.

Dr. Helfferich: Ich möchte diese Frage, die für mich eine ernste Beweissfrage ist, ohne jede Schärfe behandeln. Der Ausschuss ist ein merkwürdiges Gemisch zwischen einem Gerichtshof und einer parlamentarischen Kommission, und ich bin ein merkwürdiges Gericht zwischen einem Zeugen und einem Angeklagten. Dr. Cohn hat zumindest erklärt, der Ausschuss solle dazu dienen, festzustellen, was Mitglieder der kaiserlichen Regierung verbrochen haben.

Vorl. Warmuth: Der Zeuge hat offenbar falsch verstanden. Wenn Dr. Cohn das gesagt hätte, hätte ich sofort dagegen Stellung genommen.

Dr. Helfferich: Wir wollen und doch keinen blauen Dünkt vorlegen. Ich fühle mich hier vom ersten Augenblick zu der Ause-

inandersetzung. Wäre dies ein Gerichtshof, wüsste ich Dr. Cohn als Richter ablehnen. Die Herren werden wissen, worauf ich abziele, und ich bitte, sich mit dieser Bedeutung zufrieden zu geben, um Schärken zu vermeiden. Wenn Sie mich aber zwingen, so werde ich auch darüber Auskunft geben.

Vorl. Warmuth: Der Ausschuss wird darüber beraten.

geheimer Beratung

durchgezogen hat, betrifft nach 1½ Stunden wieder den Saal. Die allgemeine Spannung ist aus höchste gestiegen.

Vorl. Warmuth verliest folgenden Beschuß des Ausschusses:

Der Ausschuss hat mit dem Stimmenverhältnis 4:2 und der Stimmenthaltung des Abgeordneten Dr. Cohn folgenden Beschuß gefasst:

Der Ausschuss ist kein Gerichtshof. Seine Verhandlungen sind auch kein Vorversahren für den Staatsgerichtshof. Er hat kein Urteil zu fällen. Die Ablehnung eines Beschusses aus persönlichen Gründen ist nicht zulässig, ebenso wenig die Nichtbeantwortung der Fragen, die ein einzelnes Mitglied stellt. Eine Ablehnung der Beantwortung von Fragen steht einem Zeugen nur aus den Gründen der Strafprozeßordnung zu.

Der Vorsitzende zieht darauf fort, indem er sich an Dr. Helfferich wendet: Sind Sie bereit, Exzellenz, nachdem ich diesen Beschuß vorgelesen habe, jetzt die Fragen von Herrn Dr. Cohn zu beantworten?

Dr. Helfferich: Der Beschuß hat an den für mich maßgebenden Gründen nichts geändert. Daher bin ich nach wie vor nicht bereit, die Fragen des Herrn Dr. Cohn zu beantworten. (Wiederholung und Beifall im Zuhörerraum und bei der Presse.)

Vorl. Warmuth: Für diesen Fall ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis 4:2 Stimmen bei Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn folgender Beschuß des Ausschusses ergangen:

Der Zeuge Dr. Helfferich wird, da er sein Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verwirkt hat, entsprechend Paragraph 89 der Strafprozeßordnung in die durch die Verwirkerung verursachten Kosten, sowie zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt.

Verfüglich möchte ich folgende Erklärung hinzufügen: Der Strafbeschuß an sich entspricht nicht meiner Aussage über die Bedeutung der stimmenthaltenden Anwendung der Strafprozeßordnung auf diesen Ausschuss. Ich bin der Aussage, daß man die Strafprozeßordnung nicht in so weitgehender Weise auf das, was diesem Verfahren zugrundeliegt, anwenden darf, daß man vielmehr auch die persönlichen Gründe würdigen soll, die jemand bestimmten können, sein Zeugnis zu verwirken. Ich habe weiter da höheren Wert darauf gelegt, daß vor einem solchen Beschuß die persönlichen Gründe genannt werden, die Dr. Helfferich veranlaßt haben, sein Zeugnis zu verwirken, ehe man ihn deswegen verurteilt. Für mich ist die Ablehnung meiner Stellungnahme durch die Ausschussmehrheit so bedeutsam und so wichtig, daß ich

den Vorstoß des Ausschusses hiermit ablehne.

(Lebhafte Beifall bei einem Teil der Pressevertreter und im Zuhörerraum.) Ich übergebe den Vorstoß nunmehr dem stellvertretenden Vorsitzenden Goehlein.

Stellv. Vorl. Goehlein: zunächst muß ich entschieden rüggen, daß hier von Vertretern der Presse Verstöße und Vergehungen geäußert werden. Wenn das noch einmal geschieht, werde ich diesen Herren die Karren entziehen. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß, wenn noch einmal aus dem Zuhörerraum irgendwelche Vergehungen erfolgen, ich den Zuhörerraum räumen werde. Ich möchte nunmehr den Zeugen fragen, ob er bereit ist, die Gründe anzuzeigen, die für ihn maßgebend gewesen sind, die Frage des Abg. Dr. Cohn nicht zu beantworten? Ich mache aber darauf aufmerksam, daß es sich nur um sachliche Angaben ohne Vorurteil dabei handeln kann.

Dr. Helfferich: Welche Rechte im Artikel stehen mit gegen den Strafbeschuß des Ausschusses zur Verfügung?

Stellv. Vorl. Goehlein: Vorüber hat der Ausschuss noch keinen Beschuß gefaßt. Ich stelle Ihnen anheim, sich nach einem Rechtsweg zu erkundigen oder beim Gesamtausschuss Beschwerde einzulegen.

Helfferich: Ich stelle fest, daß ein Rechtsweg gegen den Beschuß des Ausschusses den Mitgliedern des Ausschusses offenbar nicht gegenwärtig ist.

Goehlein: Sie haben mir nichts festgestellt. Feststellungen trifft nur der Ausschuss.

Helfferich: Ich habe mich nach dem Rechtsweg erkundigt und stelle erneut fest, daß mir der Ausschuss einen solchen Rechtsweg nicht angeben kann.

Goehlein: Ich habe Ihnen schon gesagt, daß Sie sich beim Gesamtausschuss über den Untersuchungsausschuss beschweren können.

Helfferich: Ich kann an, daß sowohl Dr. Cohn wie den andern Ausschussteilnehmern die Dinge gegenwärtig sind, die ich meine. Ich wollte sie nicht nennen, um jede unnötige Schärfe zu vermeiden. Nachdem aber Dr. Cohn und der Ausschuss Wert darauf legen, daß diese Gründe genannt werden, bin ich gezwungen, es zu tun. Der Gesamtausschuss ist eingeknickt worden, um die Grinde zu prüfen, die zu dem durchbaren Anklammbrock unter Wasserlands nehlbt haben. Nach meiner Aussage ist Dr. Cohn an diesem Zusammenbruch ganz unmittelbar beteiligt. Nach einem Telegramm des Postchefs Rosse, des Vertreters der russischen Sowjetrepublik, hat in der Zeit, in der unser Wasserland den schwersten Kampf gegen eine feindliche Nebenkraft führte, Dr. Cohn sich von Rosse Gelber her russischen Tschetscheneren stellen lassen, um Deutschland zu revolutionieren. Das ist der Grund, aus dem heraus ich es ablehnen muß, mich mit Dr. Cohn über diese Dinge zu unterhalten und ihm auf Fragen Antwort zu geben. Sie können alle Paragrafen der Strafprozeßordnung gegen mich anwenden, aber keine Macht der Welt wird mich anklagen können, Herrn Dr. Cohn hier Rebe und Antwort zu stecken.

Abg. Dr. Cohn: Ich wende mich an den Ausschuss und wende mich auch an Dr. Helfferich, obgleich er es ablehnt, auf meine Fragen Antwort zu geben. Was Dr. Helfferich hier vorgetragen hat, ist in tatsächlicher Beziehung unrichtig. Es ist wiederholt für die Offenheit festgestellt worden und es ist wieder ein Beweis dafür, mit welcher Leichtfertigkeit Dr. Helfferich mit den Tatsachen umspringt, wenn er eine länder als unrichtig bezeichnete Tatsache weiterhantet, um sich für seine Haltung in einer ernsten, rechtlichen und politischen Frage eine Grundlage zu schaffen. Es ist nicht richtig, daß Postchaf Rosse jemals in einem Telegramm behauptet hätte, mir in einer Zeit Gelber nennen zu haben, in der das Wasserland an der Front gerungen hat. Rosse hat lediglich in seinem Telegramm festgestellt, was ich später in der Nationalversammlung auch bestätigt habe, daß er mir am Morgen des 6. November 1918 einen bestimmten Geheimschatz übergeben hat und zwar zu ganz bestimmten Zwecken, über die ich mich ebenfalls schon ausführlich ausgesetzt habe. Der Zweck, den Dr. Helfferich behauptet hat, hatte nichts damit zu tun.

Ich habe das Geld bekommen nur zur Unterstützung russischer Gefangener

in Deutschland und zu einem kleinen Teile waren diese Gelber auch bestimmt, zur Unterstützung der politischen Zwecke meiner Partei. Es müßte auch Herrn Dr. Helfferich einleuchten, daß ich vom 6. November an, selbst wenn ich diese Niederlage sofort zur Unterstellung meines Ziels verhindert hätte, unmöglich noch eine Tatsache hätte erzielen können, die trennwürdig für das Verhalten an der Front hätte machen können. Was aber den Hauptteil der Gelber anlautet, nämlich die Unterstellung notleidender russischer Kriegsgefangener, so wird auch Dr. Helfferich nicht befehlen können, daß die Milizionen dieser Art irgendwie von Einfluß gewesen sei auf die Verhältnisse an der Front.

Dr. Helfferich hat sicher von dieser meiner Rede in der Nationalversammlung Kenntnis bekommen. Solle das nicht der Fall sein, so wäre es wieder einmal ein Beweis für die Unzuverlässigkeit, mit der

Dr. Helfferich so schwere Vorwürfe erhebt. Am Schluß meines Lebts in der Nationalversammlung habe ich gesagt:

Ich trage mich gleichwohl nicht mit der Hoffnung, daß wir etwa die Nebereien über die russischen Missionen aufzudecken, ohne den eigentlichen Zweck dieser ganzen Ausführungen aufzudecken. Dr. Helfferich hat gesagt, er wisse nicht, inwieweit er hier Neues und inwieweit er Angeklagter ist. Ich kann ihm darauf nur sagen, wie ich seine Stellung sehe, nämlich daß ich in Herrn Dr. Helfferich eine den Angeklagten dieses Untersuchungsausschusses erachte.

Stellvertretender Vorl. Goehlein: Diese Anerkennung ist unzulässig. Der Ausschuss hat nur das Recht zur Untersuchung, nicht zur Anklage.

Ich muß diese Anerkennung als in Widerspruch mit den Aufgaben und Pflichten des Untersuchungsausschusses stehend erklären.

Dr. Cohn: Ich unterwerfe mich dieser Anerkennung; aber ich darf mich zwischen Ihnen und mir im Mai 1917 im alten Reichstag befinden. Ich habe damals glaubte Dr. Helfferich, mir auf Grund einer Rede mit heftigen Worten den Vorwurf machen zu können, daß ich eine Schuld oder Missetzung deutscher Stellen am Ausbruch des Krieges behauptete. Ich habe Dr. Helfferich darauf geantwortet:

Stellvertretender Vorsitzender Goehlein: Das hat mit dieser Sache nun aber nichts mehr zu tun.

Abg. Dr. Cohn: In diesem Punkte bedauere ich, mich nicht unterwerfen zu können. Ich widerspreche dieser Aussage nachdrücklich. Herr Dr. Helfferich hat gesagt: Unmittelbar beteiligt ist am Zusammenbruch Dr. Cohn. Er hat die Schuld. Der Erwähnung dieser Behauptung sollten meine Ausführungen dienen. Ich habe damals diese Ausführungen gemacht, um den Vorwurf Dr. Helfferich, daß ich Schuld oder Missetzung habe, zu widerlegen.

Dr. Helfferich: In welcher Art von Diskussion bestehen uns? (11)

Stellv. Vorl. Goehlein: Das Wort hat jetzt der Abg. Dr. Cohn verweigert.

Dr. Helfferich: Dann werde ich den Saal verlassen. (Bewegung)

Stellv. Vorl. Goehlein: Mein! Dr. Helfferich: Dann werde ich den Saal verlassen. (Bewegung)

Stellv. Vorl. Goehlein: Dann werden wir die nötigen Maßnahmen zu treffen müssen.

Dr. Helfferich: Wenn die Diskussion so weitergeht, dann verlasse ich den Saal. (Er erhält von mir rasch seine Akten zusammen und schüttelt sich an, den Saal zu verlassen.)

Abg. Dr. Cohn: Da Dr. Helfferich uns gegenwärtig noch die Ehre seiner Anwesenheit schenkt, darf ich ihm nur noch erinnern, daß es mir nicht am Zusammenbruch schuldbar, aber an der Abschaltung und Führung des Krieges ist nur einer schuldbar, Dr. Helfferich (Große Bewegung).

Stellv. Vorl. Goehlein: Ich muß diese Anerkennung des Abg. Dr. Cohn auf das entschiedenste ablehnen. Ich schließe die Diskussion und bevoie mit vor, die nächste Sitzung anzubereiten.

Schluß der Sitzung gegen 1½ Uhr.

Die Untersuchungskommission.

Berlin, 18. November. WLB meldet: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat heute die an Generalsfeldmarschall von Hindenburg an richtenden Fragen formuliert. Es wird von der Entscheidung des Generalsfeldmarschalls abhängen, ob er diese Fragen in der Nachmittagsitzung des Montags oder erst am Dienstag beantworten will. Am Montagvormittag wird der Untersuchungsausschuss in der Vernehmung des Staatssekretärs Dr. Helfferich fortsetzen.

Ein Nachspiel zum missdeutschen Generalsstreit.

Zum Prozeß Allian.

Die Gegenrevolution ist auf der Höhe ihrer Macht. Von den Erringen des Roten Adenauerrevolution ist fast keine Spur mehr vorhanden. Durch nichts wird der komplizierte Verlauf der Revolutionsgeschichte gekennzeichnet, als durch die Tatsache, daß die Revolutionäre zu Tausenden vor die bürgerlichen Richter des alten Kaiserstaates geschleppt werden, daß Peitsche, die eine ganz andre Anschauung von der Revolution haben, die in einer dem Proletariat entgegengesetzten Denkweise leben, die aus einer der Arbeiterschaft stammenden Klasse stammen, noch deutlich — nach einem Jahrzehnt Revolutions — „Meld“ sprechen über die Täger der Revolution. Diese verschämende Tatsache trifft so recht deutlich in dem Prozeß zu, der seit Montag vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Halle gegen den Genossen Otto Allian erschöpft wird. Der Angeklagte war seit Ausbruch der Revolution bis zum Einzug des Generals Maercker in Halle Vorsitzender des Volksgerichts des Halleschen Arbeiterrates, ein Amt, das ihm den ganzen Sach des gegenrevolutionären Volksgerichts und der diesem unterstehenden Rechtssozialisten eintrug. Zwei Tage nach der „Eroberung“ Halle durch den berühmten Postchaf Maercker erfolgte seine Verhaftung; bis auf den heutigen Tag hat man sämtliche Haftbefreiungsanträge kategorisch abgelehnt. Nur durch einen mehrjährigen Hungerstreik wurde eine beschleunigte Prozeßführung erreicht.

Die mit mehr Eifer als Geschick zusammengeschusterte Anklage umfaßte zunächst eine ganze Reihe „schriftbarer“ Verbrechen, wie Bandenfriedensbruch (ursprünglich bemitleidete sich die Anklage noch Allian sogar die Niederschlagerherrschaft zuschreiben), Expressum, Beleidigung, Beamtentumhübung, Bildung bewaffneter Hassen und schließlich Freiheitsberaubung. Zu ihrem Feldwesen hat die Staatsanwaltschaft den Bandenfriedensbruch, die Expressum sowie die Niederschlagerherrschaft schon auf sehr wichtigen Gründen aufgegeben.

Die „Expressum“ hat darin bestanden, daß Allian von den überreichen Papiervorräten des antikommunistischen Halleschen Zeitung und der sich liberal nennenden Sozialzeitung Iesselsweile einige Molsch-Papier entnommen, um dem Halleschen Volksblatt, dessen Verleihung

Angestellten nicht nur für alle von der revolutionären Arbeiterschaft Halle oder deren Organen, nämlich dem A.- und S.-Rat durch gesetzten Beschlüsse und Handlungen verantwortlich zu machen, sondern ihm auch die

Urherrschaft des mitteldeutschen Generalstreiks,

Der in Halle vorgedrungenen Plünderungen und wer mehr was sonst noch zuschreibt. Man entblödet sich sogar nicht, zu behaupten, die Plünderungen seien nach einem vorher ausgearbeiteten Plan ausgeschüttet worden. Allian trat allen Anschuldigungen mit aller Entschiedenheit entgegen, obwohl er durch die achtmonatige Untersuchungshaft außerordentlich in der Verteidigung belästigt wird. Die Bildung der Sicherheitswehr, wie überhaupt alle militärischen Dinge, haben ihm vollständig ferngelegen, da dies Angelegenheiten des Soldatenrates gewesen seien. Als am 9. November der A.-Rat beschlossen hatte, die städtische Verwaltung unter die Gewalt des A.-Rates zu stellen, habe der Oberbürgermeister Allian gesagt: „Sie haben die Macht, benutzen Sie sie doch!“ Nach anfänglichen Strafen hat dann der Magistrat das Ultimatum einstimmig angenommen, in dem verlangt wurde, daß der Magistrat den A.- und S.-Rat als einziges Organ der vollziehenden Gewalt anerkennt, die gefassten Beschlüsse zur Ausführung bringt, zwei Mitglieder des Polizeiausschusses als Beigeordnete für den Magistrat anerkennt, und allen von ihm in politischen, Verfassungs- und militärischen Angelegenheiten geübten Schriftwechsel zur Gegenzeichnung vorlegt. Da der Herr Staatsanwalt da mit seiner „Behördenöffnung“ Glücks wird, wagen wir zu bezweifeln.

Die von dem Kochsiegel Hartung — der das Feld seiner Tätigkeit bis nach Leipzig verlegt hatte, und hier in die Wohnung eines russischen Genossen, Waffen und Munition eingehandelt hatte, um ihn daran als Hochverräte zu verhaften — standende Anschuldigung, daß Allian anlässlich eines Konfliktes zwischen A.- und S.-Rat und dem Halleischen Artillerieregiment dardurch gedacht habe,

Konkurrenz Allian aus Leipzig herzuladen,

konnte glatt zurückgewiesen werden. Das Gegenteil ist richtig, Hartung hat angegeben, daß er sowohl in Halle als auch in Leipzig im Auftrage der antikommunistischen Liga „nearbeitet“ habe und daß: auch bezahlt (!!) worden sei. Als Allian vorgeworfen wurde, daß er im Anschluß an die Verhaftung Berglandis (der heute noch in Untersuchungshaft sitzt und kurzlich gleichfalls einen schwierigen Hungerstreik durchgeführt hat) auf freizugebende Reden in gehalten habe, entwirte er treffend, die Verhaftung des Militärarrestmäßigen war in Halle ein solch außergewöhnliches Moment, daß es seiner Aufrechnung gar nicht bedurfte hätte.

Am Schluß ist ersten und zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wurde eingehend die Erhebung, die Ursachen und der Verlauf des mitteldeutschen Generalstreiks erörtert, den nach Ansicht des Staatsanwalts der Redakteur Allian „gemacht“ habe. Es war Allian ein leichtes, zu beweisen, daß eine solche Bewegung nur hauptsächlich aus der Fassade kommen konnte und doch deren Ziel die möglichst rasche Durchsetzung der Betriebsrechte war. Auf die Frage eines der Verteidiger, Staatsanwalt Herzfelz-Berlin, welche gründliche Stellung er zum politischen Streitfeindtheit erhielt, erwiderte Allian, daß ihr und das im Erfurter Programm und durch das Allianprogramm nacherlegte Kampfmittel des politischen Massenstreiks gelte. Die A.-S.-P. trete nicht für Gewalttätigkeiten ein, vielmehr kämpfe sie nur mit geistigen Waffen. Als der mit allen Mitteln des Terrors in die Wege geleitete bürgerliche Gegensturm einzog, erzwangen die Ultraausschuß-Führer die Stilllegung der Bäckereien, so daß selbst die Landesherrlichkeit Nielschen Fällen 100 Brote vom Arbeitermarkt verlangte. Durch die Schließung der Lebensmittelgeschäfte benötigte sich der Bevölkerung eine ungeheure Erregung, die durch das provozierende Auftreten der inzwischen eingerückten Noslegarden noch erheblich gesteigert wurde. Sie

Folge waren die schrecklichen Plünderungen in den Nächten zum 2. und 3. November. Durch den Eisenbahnerstreik war die Ernährung der Bevölkerung nicht im gewünschten Maße gesichert, denn Halle war auf 4 Wochen mit Kartoffeln, Mehl und Körnern eingedeckt. Den Abgesandten des Soldatenrats erklärte Maerder, er leiche sich auf Verhandlungen nicht ein, er trübe allein die Verantwortung für das Einreden. Maerder sei viel zu früh den Plünderungen entgegetreten. Überhaupt sei sie die Unruhen erst durch das Erscheinen der Noslegarden herausgelöst worden. Die weiteren Vernehmungen drehten sich meist um gehaltene und nicht gehaltene Reden; die Gründe der Verhaftung Halle und die Bekennungen des Angeklagten, auf alle Fälle zu vermeiden, daß in Halle Blut fließe. Weiter wurde noch bekannt, daß von den Noslegarden ein Bäckereivater verhaftet, schrecklich misshandelt und neben Kosten lang ohne jegliche Verschönung in „Schuhhaft“ gehalten worden war, weil er von Allian als Entlastungssache dafür benannt worden war, daß er sich um die Vernichtung der durch das Erscheinen der Noslegarde erregten Sicherheitspolizei bemüht habe;

Halle, 13. November.

Man kann von der heutigen Verhandlung sagen, daß sie den Prozeß nicht vorwärts gebracht hat. Der Name Allian würde in den ersten Stunden fast nicht erwähnt. Man fragt sich, wie schon in den letzten Tagen, ob es nicht Verhandlungen zu einem Prozeß herleiten und, gegen den man offensichtlich möglichst viel Material sammeln will. Alle Zeugen werden mit derselben Lendenz gegen die Noslegardenkompanie ausgestellt. Es handelt sich fast um lauter Polizeibeamte und ehemalige Angehörige des S.-Rats, die heute verkommen wurden. Sie suchten zwar die Noslegardenkompanie in einem möglichst schlechtesten Licht zu stellen. Sprachen auch von Vermüthenen, daß Allian die Verhöhnung der Arbeiter von Annendorf beantragt habe. Positive Tatsachen wurde kein einziger Zeuge zu berichten. Der Kreisgerichtsrat Wolf stellte, wie das bei seinem Prozeß selbstverständlich ist, die Sicherheitstruppen in ein möglichst schlechtesten Licht. Auf die Frage des Staatsanwalts Müller mußte er allerdings angeben, daß es bei den anderen Truppen nicht besser gewesen ist. Der Name Allian ist während der Vernehmung von vier Zeugen überhaupt nicht gefallen.

Der Rotschrei des Sowjetruhlands.

Ein russischer Genosse schreibt uns: Die Rätemacht hat anlässlich der zweijährigen Revolutionsfeier einen neuen Aufruf an die Arbeiter der Welt erlassen, in dem die tragische Lage Russlands geschildert wird. Es wird auf den Hunger und die unsäglichen Leiden verwiesen, die die russischen Arbeiter ausgestanden haben und die dennoch den Heldentum des vorwärtsdrängenden revolutionären Proletariats nicht gebrochen haben. Es wird zugleich auf die Gefahr hingewiesen, daß der Sieg der Reaktion in Russland aus Russland einen reaktionären Front gegen die Arbeiterbewegung Europas machen werde.

Zum folgenden sollen einige Zahlen die Lage der russischen Arbeiter beleuchten, um den europäischen Arbeitern das Maß des Leidens ihrer russischen Genossen einzusehen vor Augen zu führen.

Allgemein bekannt ist die Tatsache, daß in Russland eine ungemein hohe Preissteigerung eingetreten ist. In der Tat sind die Preise aller Gegenstände fabelhaft in die Höhe gegangen, vor allem die bei der notwendigsten Lebensmittel. Die meisten Produkte sind in Russland monopolisiert. Über in einer Reihe von Städten gibt es innerhalb einen offenen freien Handel in diesen Produkten. Auch in Moskau und Petrograd, wo die Nationalisierung des Handels am stärksten durchgeführt ist, wird an einem Tag fast mit allem mehr oder weniger frei gehandelt. In Moskau ist der Handel direkt auf die Straße hinuntergetragen und einige Markthäuser haben eine gewaltsame Ausdehnung genommen. Auf diesen Plätzen kann man fast alles erhalten, aber seltsamerweise zu Wucherpreisen.

So ist der Brotpreis allein während der ersten 8 Monate des laufenden Jahres auf das vier- bis fünffache gestiegen! Und doch waren schon die Preise von Anfang dieses Jahres (12.5 Rubel pro russisches Pfund Brot) unerschwinglich.

Diese Preissteigerung ist keineswegs eine bloße Folge des Großdemonstrations und der Zwangswirtschaft, wie manche behaupten. Selbst in solchen Städten, wo der private Handel mehr oder weniger gebührt wird, sind die Preise nicht minder gestiegen. Wir haben es beispielweise in Kiew erlebt, wo der Brotpreis binnen weniger Monate von 1.00 bis 2.00 Rubel auf 20—30 Rubel pro Pfund gestiegen ist, ja selbst zuweilen 40 und mehr Rubel betragen hat. Die Teuerung liegt also in den allgemeinen Verhältnissen beständiger. In der Fortsetzung des Transportes, der mangelhaften Organisation der Lebensmittelversorgung, im Kampfe des Dorfes gegen die Städte und vor allem in der allgemeinen unsicheren politischen Lage, die alle russischen Städte faktisch in belagerte Festungen verwandelt. Die Teuerung hängt ganz vom Ausfall ab: niemand kann sagen, daß er morgen nochmal das bekommt, was er heute verbraucht. Deshalb nimmt der Handel überall einen spekulativen Charakter an, und da niemand auch sicher ist, daß er anderwo oder später die gleichen Lebensmittel finden werde, so ist ihm sein Preis zu hoch, wenn er ihn nur bezahlen kann. Und in der Tat zahlen auch die Arbeiter diese unerschwinglichen Preise, obgleich ihnen ihr Verdienst selbstredend das nicht gestattet.

Die Ausgaben pro Arbeiterfamilie haben im Juni 1919 in Moskau nicht weniger als 2.628 Rubel pro Monat betragen, während der Bedienstete einer selbständigen erwachsenen Person bloß 926,8 Rubel ausgemacht hat. Bei den Angestellten ist das Verhältnis zwischen Ausgaben und Gehalt nicht so stark, immerhin haben die Ausgaben die Einnahmen um das doppelte überstiegen (2566,8 Rubel gegen 1321 Rubel). Natürlich müssen die andern Familienmitglieder arbeiten, und schon Mädchen von 14—18 Jahren an, selbst aus bürgerlichen Kreisen, suchen Beschäftigung. Außerdem wendet sich der Arbeiter auch andern Beschäftigungen zu, vor allem veräußert er das, was er an Hab und Gut in den früheren Jahren gesammelt hat.

Was der Moskauer Arbeiter für dieses Geld an Nahrungsmitteln bekommen kann, geht aus folgendem hervor, das aus dem Haushaltsschlüssel Budgets der Arbeiter entnommen ist:

Durchschnittlicher Haushaltverbrauch an Nahrungsmitteln im Juni 1919 in Moskau:

	Brot	Kartoffeln	Meat	Butter
Arbeiter . . .	1.08	0.09	0.115	0.088
Angestellte . . .	0.80	0.35	0.184	0.074
Anderer . . .	1.17	1.00	0.182	0.150

	Eiweiß	Getreide	Kohlenwasserstoff zusammen	in Kalorien
Arbeiter . . .	54.8	28.8	872.8	1978
die Gesamtbevölkerung . . .	56.1	28.8	862.8	1984

Als Minimum der Ernährung eines erwachsenen Arbeiters werden aber, je nach der Körpergröße, 2102—2681 Kalorien benötigt und 2472—3004 Kalorien bei schwerer Arbeit angenommen. Die Unterernährung der Bevölkerung ist also eine Tatsache, die staatlich festgestellt worden ist. Das gleiche gilt für auch die Arbeiter. Ein Kräfteverlust mit all seinen Folgen, wie Widerstandsfähigkeit gegen allerhand Krankheiten, die infolge der Unterernährung höher zu heilen sind, Arbeitsunlust, Eindringen der Arbeitsproduktivität, Aufhören der Menstruation bei den Arbeiterinnen und als Folgen davon auch Aufhören der Geburtsfähigkeit, grohe Kindersterilität usw. — all diese Erscheinungen sind mehrmals festgestellt worden.

Natürlich sucht die Rätemacht nach Möglichkeit diesen Übeln zu steuern, und viele Maßnahmen, die dem Aufgehenden als abschreckend erscheinen, werden in Wirklichkeit durch die Not der Räte diktiert. Aber unter den herrschenden Verhältnissen ist sie so ohnmächtig:

Und so sehen wir eine steile Abwanderung der Arbeiter aus den Städten nach dem platten Lande. So schätzte man in Moskau in den Monaten August 1918 161.700 Arbeiter und am 1. Juni 1919 nur noch 80.700.

So werden die Städte verwüstet und die Bevölkerung entkräftet. Wenn aber jemand denken sollte, daß diese Sache einen Aufstand gegen die Rätemacht bringt, so irr er. Der weitaus größte Teil der russischen Bevölkerung ist ganz von den Todesforsen, pole, man sich die notwendigsten Lebensmittel verschafft, in Anstrich gekommen. Schaut sich wenig um. Politik während der aktiven Klassenbewußtsein der Arbeiter, weß doch an diesen Zuständen doch nicht die Rätemacht schuld ist. Und was die bürgerliche Bevölkerung betrifft, so hat sie eigentlich keine besondere Ursache, unzufrieden zu sein, da sie ja doch den Städten ausweicht. Wie wir schon angekündigt haben, sind die Gefreide und Protzreise bei weitesten Höhen gestiegen, als die industriellen Grauenisse. Die bürgerliche Bevölkerung tritt gegen die Rätemacht bloß auf, falls diese ihr das Getreide mit Gewalt zu niedrigen Preisen abnehmen will, was jetzt nicht mehr geschieht, oder wo man Dorfcommunen einrichtet. Die Bolschewiki haben aus den bürgerlichen Erfahrungen mit der bürgerlichen Bevölkerung gelernt und suchen heute ihre Politik mehr oder weniger den Verhältnissen auf dem Lande anzupassen. Es ist wohl möglich, daß sie jetzt in den bürgerlichen Gegenden einen Versuch, den Kommunismus im Dorf auszurollen, vorläufig anstreben werden.

So liegen also die Verhältnisse in Russland. Die Blockade ruiniert bloß die Bevölkerung, wird aber gegen die Rätemacht bestehen. Umso mehr ist die Rätemacht in einer solchen Situation von selbst ausgewaschen. Es ist wohl möglich, daß sie jetzt in den bürgerlichen Gegenden einen Versuch, den Kommunismus im Dorf auszurollen, vorläufig anstreben werden. — Ein anarcho-kommunistischer Proletkult wird in Russland vereitelt. Das Hauptquartier der Rätemacht wurde in die Luft gesprengt.

bürgerlichen Partei, der in der Nationalversammlung bei der Blockberatung ausgeschieden wurde und sich im Unterforschungsausschuss fortsetzt, ergozierte auch dort. Die Rechte polemisierte in der Tonart, Varm-Tumult, Unterbrechung, Ordnungsbruch. Der ganze Raum ging schließlich wieder um die Frage: wer trägt die Schuld? Keiner der Schuldiener will es gewesen sein — weder rechts, noch links. Von einer wichtigen Anklage gegen die immer frecher werdende Rechte, gestützt auf den Willen der Arbeiterschaft, war nichts zu führen. Wo soll das auch bei den Scheinsozialisten herkommen, für die ausgerechnet Herr Heilmann als stärkstes Argument der Verteidigung vorbrachte, daß er und seine Freunde den Kriegsgeist nicht untergraben hätten und daß ein deutsch-nationaler Abgeordneter gekämpft hätte? Wenn wir am 9. November Rose und Heine gehabt hätten, oder wenn sie während des Krieges Minister gewesen wären, dann hätten wir den Krieg gewonnen und Wilhelm regierte heute noch! — —

Das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie 1040 Mh. monatlich!

In der Freiheit wird eine vom 4. November stammende Auflistung besprochen, nach der das städtische Lebensmittelamt in Solingen unter Hinziehung von sieben gewerkschaftlichen Beamten und drei Hausfrauen das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im dortigen Industriebezirk auf wöchentlich 240 Ml., also monatlich 1040 Ml., jährlich 12.480 Ml. berechnet hat.

Gegenüber dem Geschrei der Kapitalisten und ihrer Organe über unberechtigte Lohnforderungen kommt diese von kompetenter Seite zusammengefaßte Ermittlung zur rechten Zeit. Die Vöhne sind nicht im entschiedensten in dem Verhältnis gestiegen, wie die Teuerung progressiv angesehen hat.

Für Freigabe der Gefangenen.

Aehnlich wie in Leipzig, Essen und anderen Städten, sahnen am Sonntag in Berlin Veranstaltungen für die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen statt. Zur einen angenommenen Entscheidung, die als Punktverschluß an alle Völker verbreitet werden soll, heißt es u. a.: „Zwölf Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes warteten die deutschen Gefangenen in Frankreich vergebens auf die Bekanntgabe des Datums ihres Abtransports. Ein neuer Winter bringt den Gefangenen und deren Angehörigen den seelischen und körperlichen Zusammenbruch und Tod. Trotzdem verlangt die französische Presse die Zurückhaltung der Gefangenen als Stand, und der Oberste Rat droht mit Zwangsmaßnahmen. Das deutsche Volk fordert die gesamte Menschheit auf, sich zu vereinigen zu dem Ruf sofortiger Heimsendung aller Gefangenen dieses Krieges.“ Eine zweite Entscheidung verlangt ein energisches Vorgehen der Nationalversammlung.

Eimel f. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete für Mühlhausen (Elzas) Eimel, ist am Donnerstag in der Landesschule Jena verstorben. — Eimel hat in der elästischen Parteibewegung der alten Partei eine gewisse Rolle gespielt. Durch seine fast alledeutsche Kriegspolitik als Leiter der Mühlhäuser Zeitung machte er sich unpopulär. Er mußte Elzas nach der Revolution verlassen und ließ sich in Apolda nieder, wo er das dortige Postorchester leitete.

Der Pfarrer unter den „Ortältern“. In unserem Köner Bruderblatt lesen wir: „Ein Gendarmit mit vier Arbeitern beschlagsnahm in einer Mühle in Düsseldorf 2000 Rentner Weizen und 100 Rentner Getreide. Der Pfarrer und eine große Anzahl Bauern verlangten die Herausgabe der Borräte und erklärte den Gendarmit für verhaftet. Die Bauern fuhren in den Gendarmit und drängten mit Bällen auf die Arbeiter ein. Später ließ man sie frei.“

Die königliche Armee wird mit seiner Lehre in Einklang bringen können, den Wützen und Eigennutz der Bauern selbst mit Bällen zu verteidigen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Militärische Erfolge Sowjetruhlands.

Helsingfors, 17. November. (T. II) An der Nordwestfront greifen die Bolschewisten dauernd an. Nach Melbungen aus Riga werden dort alle Russen mobilisiert.

Ein Warschauer Radiotelegramm meldet heftige Kämpfe in Südrussland. Tschaikin hat, wie bestätigt wird, Kiew geräumt. Im Osten beginnen die Bolschewisten eine Offensive.

Rotterdam, 17. November. (T. II) Am Moskau wird gemeldet, daß die Bolschewisten Umsk erobert haben. — Ein anarchistischer Bombenanschlag in Moskau wurde vereitelt. Das Hauptquartier der Verstärkungen wurde in die Luft gesprengt.

Verhandlungen.

Amsterdam, 15. November. Die Times meldet aus Helsingfors, daß die Engländer und Deutschen sich für die Konferenz mit den Bolschewisten am 15. November entschieden haben, daß die Vitauer jedoch nicht daran teilnehmen werden.

London, 14. November. Amtlich wird gemeldet: Der Vertreter der Labour Party (Arbeiterpartei) im Parlament, O'Grady, reist demnächst nach Kopenhagen, um mit dem Vertreter der Sowjetregierung, Litwinow, über Beziehungen ausgetauscht zu verhandeln. Während England seine Neutralitätlichkeit gegen mit Russland ein Vertritt einzutreten, läßt die amerikanische Regierung erklären, daß sie keinen Projekte ihrer Zustimmung geben werde, welches irgendein Kompromiß mit den bolschewistischen Regierung ins Auge fasse. Im weiteren würden die Vereinigten Staaten niemals an einer Konferenz teilnehmen, zu der Vertreter der Bolschewisten eingeladen würden. — Die Amerikaner schließen die Bolschewisten außerordentlich zu stricken. Ob man Angst vor einer Wiederholung des halben Sowjet hat?

Von der rumänischen Sozialdemokratie.

Bukarest, 17. November. (T. II) Wie das Blatt *Diminuocă* berichtet, hat die sozialdemokratische Partei auf dem jetzt abgehaltenen Kongress einstimmig beschlossen, daß die Partei sich an den sozialen nicht beteiligt und dem Wollzugsabsturz erfreut, mit allen Mitteln in den allgemeinen Streik zu proklamieren, wobei der Grundzustand der internationalen Solidarität des Proletariats anerkannt werden soll.

Die Kohlesituation in Wien erreichte nach dortigen Blättern jetzt einen noch nie dagewesenen Zustand. Mit dem städtischen Elektrizitätswerk langten am letzten Sonnabend 61 Tonnen Kohle an, während der Verbrauch 1800 Tonnen beträgt. Daß alle Mittelschulen in ihren Schülern für die kommende Woche Kälteketten, die wahrscheinlich noch länger ausgedehnt werden, auch die Lebensmittelverhältnisse sind angesichts des Ausblebens auswärtiger Zusicherungen lästig geworden.

Norwegische Hilfsaktion gegen den Hunger. In Norwegen hat eine Hilfsaktion gegen den Hunger in Zentral-Europa eingesetzt. Die Organisation liegt in den Händen des norwegischen Roten Kreuzes, des Bundes der Landvolke und des Nationalrates der norwegischen Frauen. Sammlungen in allen Städten Norwegens sollen abgehalten werden. Alle 80 Jugendverbände Norwegens haben sich dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt. — Offiziell steht Zentral-Europa bald ein

Das gute Giebeler Bier

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
Abteilung Buchhandlung :: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21

Soeben erschien in unserem Verlage und ist durch die Filialen zu beziehen:

Hans Albert Förster

Barum?

Mit Federzeichnungen vom Verfasser

Diese Tageblätter eines Kriegsteilnehmers erschienen vor kurzem im Feuilleton der Leipziger Volkszeitung

Preis 1.75 Mark.

Alle Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Dienstag, den 18. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus:

Versammlung der Kesselreiniger.

Tagesordnung: Berichterstattung über die Tarifverhandlung.

Die Ortsverwaltung.

Ortsverein L-Ost

Mittwoch, den 19. November, abends 1/2 Uhr

= Diskussions-Abend =

im Restaurant Silberpappel, Kirchstraße.

Thema: Die politische Situation.

Der Ausschuss. Der Vorstand.

Leipzig-Lößnig.

Mittwoch, den 19. November, nachmittags 8 Uhr

Oeffentliche Mieter-Versammlung

im Gasthof zum Stern.

Bericht der gewählten Kommission.

Gehirte Beteiligung erwartet.

Die Kommission.

Verband der Sattler und Portefeuillier.

Dienstag, den 18. November 1919,

nachmittags 5 Uhr

Versammlung aller im Berufe beschäftigten Lehrlinge

im Volkshaus, Zimmer Nummer 9.

Tagesordnung: Lehrlingshau. Allgemeine Jugendfragen.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist dringend geboten.

Die Ortsverwaltung.

Bund der Konfession slosen.

Dienstag, den 18. November, abends 8 Uhr, im Hotel

Hochstein, Pariser Platz

Oeffentliche Vortrags-Versammlung.

Der Materialismus der 50er Jahre im 19. Jahr-

hundert. Redner: Dr. Niemann, Arzt aus Südtirol.

Ein zahlreiches Publikum lädt freundlich ein. Der Vorstand.

Ronnhahah

Schöne, rein überlebende Virginier-Mischung. Mittelschnitt. Brutto-Wegeplund M. 21 staus. II. Qualitätssäure. 80—100 g. Ernst Weule & Co., Bla-Dabz, gegr. 1892 Bremen 315 T. C. M. 12161.

Ich warne die ganze Frauenwelt

Alte künstliche, auch zerbrochene Gebisse sowie einzelne Zähne nicht wewerfen.

Nur 2 Tage bleibe hier

Montag, den 17. November, und Dienstag, den 18. November

und zahle

pro Gebiss bis 300 Mark

pro Zahn von 3.50, 8, 10, 12 Mark an

für Platin, Brennstifte, außer Kurs gesetzte Gold- und

Silbermünzen noch nie dagewesene Preise.

Einkauf findet statt in

Leipzig, Hotel Fröhlich, Wintergartenstr. 14, I., Zimmer 3

von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Für Zahnärzte und Händler besondere Preise.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

Dienstag, den 18. November, abends 7 Uhr

Öffentliche Versammlung

im Deutschen Haus, Lindenau.

Tagesordnung:

Sozialistische Erziehung im Hause.

Referent: Genosse Lehrer Bauer.

Freie Ausprache.

Zahlreichen Besuch, besonders der Lehrerschaft und der Eltern, erwartet

Der Vorstand.

Achtung! Gautzsch.

Dienstag, den 18. November, abends 1/2 Uhr

Öffentliche Volksversammlung

im Alten Gasthof.

Tagesordnung:

Ernährungs-, Wohnungs- und Kohlenfrage. 2. Ausprache.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Der Arbeiterrat. V. A. Otto Warber.

Rohe Felle

Achle Bleie 85 M., Kanin 5 M.

per Stück, nahe Kalbfelle 15 M.,

Kindfelle 8.50 M. per Stück.

Achtung!

P. Krujewski

Leipzig, Uferstraße 4, I. r.

Familien-Nachrichten

Liesbeth Etzold

Adolf Nuglisch

Verlobte.

Leipzig, Rathausstr. 17

den 16 November 1919.

Leipzig-Döllitz.

Ihr Anzug

wird wieder wie neu gereinigt und gebügelt für

Mr. 7.50. Abholung u. Auslieferung frei. Postkarte genügt

an Wäscherie „Undine“

Leipzig-Döllitz.

Am 18. November, mittags 1/2 Uhr, verschied plötzlich infolge eines Unglücksfalls mein langjähriger treuer Mitarbeiter, Herr

Bruno Kaiser.

Ich verlieren in demselben einen äußerst fleißigen und tüchtigen Fachmann und trift mich der Verlust auf schwerste.

Ich werde ihm fleiß ein ehrendes und dankbare Andenken bewahren.

Edm. Werner.

Pflegegejüche

werden entgegengenommen: Burgplatz, Stadthaus, Zwölf-Gesch., Zimmer 737, wochentags 9—11 Uhr. Tel. Neues Rathaus 28.

Paul Baumann Fischwaren-Groß-Handlung

14122 Windmühlenstr. 42

Nur durch Großbetrieb möglich!

3 Pf. zarte Schnittbohnen . . . 2.75 Mk.

1 „ süße Pflaum.-Melange . 2.75 „

1 „ zarte Kräuter-Heringe . 1.75 „

1 „ Speisen-Suppen-Würze . 1.50 „

Diese 4 Sorten zusamm.

nur

600 Mk.

Alles Prima-Qualität!

Bitte, wenn möglich, Gefäß mitbringen.

Nach kurzem aber schwerem Leiden verschied schnell und unerwartet unser einziger Sohn

Herbert Sorge

im Alter von 18 Jahren. Dies zogen siebenträgt an

Berlin, den 14. November 1919.

Emil Sorge und Frau.

Die Beerdigung findet Dienstag, vorm. 11 Uhr,

vom Trauerhause, Grenzstraße 1a, auf dem Friedhof zu Lindenau statt.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied schnell und unerwartet meine beigebliebene unvergängliche treue Gattin, gute Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Frieda Martha Marggraf geb. Liebing

im blühenden Alter von 28 Jahren. In tiefer Trauer

E. M. d. C. A., den 16. November 1919

Herrmannstraße 13, III.

Bernhard Marggraf und Sohn

Familie Liebing, Familie Marggraf

nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Mockauer Friedhofs aus statt. — Freudenlicht angebrachte Blumensträuße bitte v. Mockau Adolfsstr. 10, I., bei Liebing abzugeben.

Felle!!!

Für Ziegenfell 92 Mk. per Stück

„ Kanin 6 „ „ „

„ Kalb 7 „ „ „

„ Kalb, nah 16 „ „ „

„ Rind, nah 9 „ „ „

zahlt das Fell- und Rauchwaren-Haus

S. Wahrenberg, Uferstr. 3, III. Tr.

Man lasse sich nicht anhalten und nach dem Hause desselben Hauses verweisen.

Flechten, Wunden

Krämpfaderleiden und vielach mit Erfolg behand. m. d.

kräftig. Ichneu- u. juckreizhaften Dauer-Philipp-Salbe

4.00 u. 5.70 Mk. Erhältlich in den Apotheken Leipzigs.

Man hält sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht

erhältlich, direkt bei

Eugen-Laboratorium Dresden-Giechauwitz 102.

Heute verschied nach längerem mit großer Geduld

ertragenem Leiden im 32. Lebensjahr meine beigebliebene

geliebte Frau, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwester und Schwägerin Frau

Martha Oehme geb. Schilling

Dies zeigt allen Freunden und Bekannten nur

hierdurch an

Borna, L.-Gohlis, L.-Stötteritz, Schön-

bachstraße 78, den 16. November 1919

Der traurige Gaite Heinrich Oehme

im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, vormittags

4/11 Uhr, v. d. Hauptkapelle des Südlichen Friedhofs aus statt.

Thea Neumann

im Alter von 5 Jahren.

Berlin, Lindenauer Straße 52.

Familie Adolf Neumann nebst Angehörigen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. November,

Parteiangelegenheiten.

Bezirk Zentrum (Alt-Leipzig). Morgen Dienstag, den 18. November, abends 18 Uhr: wichtige Funktionärsitzung im Restaurant zur Hölle. Blöcher und Karten sind mit abzurechnen.

Der Betriebsmann.

Alt-Leipzig, Westen I und II. Mittwoch, abends 18½ Uhr, im Restaurant Donath: Funktionärsitzung. Abrechnung von den Neuauflösungen und der Abendunterhaltung.

Leistungverein Plauensche Einbahnstraße. Mittwoch, den 19. November (Büchsen), vormittags 9 Uhr, wichtige Funktionärsitzung in der Sophienburg, Einbahn, Körner Str. 15.

Leibnizstrasse 102, Dienstag, den 17. November, abends 18½ Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Carolabau.

Eine wohlverdiente Abschrift.

Die Demokratische Partei hatte für Sonntag eine Versammlung in die drei Säle einberufen, um Stellung zu dem Entwurf des Betriebsratsgesetzes zu nehmen. Die Versammlung war bis auf den letzten Platz besetzt, vor allem waren die Angestellten zahlreich vertreten. Die Veranstaltung war ein großes Drama für die Demokraten. Die Teilnehmer haben unzweideutig befürwortet, dass sie sich nicht vor den Karren der Unternehmer spannen lassen wollen, sondern den festen Willen haben, gemeinsam mit der Arbeiterschaft für eine neue, sozialistische Wirtschaftsordnung zu kämpfen. Die Angestellten lassen sich auch nicht mehr mit dem Pauschalzettel der Diktatur des Proletariats schrecken, wohl wissend, dass nur durch sie eine Befreiung ihrer Lage zu erreichen ist.

Das Referat hatte Herr Gustav Schneider, M. d. R., übernommen. Er erklärte aus, dass die Demokratische Partei partikularistische Zusammensetzung der Betriebsräte fordere. Außerdem verlangte sie das Recht, dass die Angestellten ihre Angelegenheiten selbst entscheiden können. Werde der Entwurf gelesen, so würden die Angestellten vergewaltigt. Die brutale Mittschlaflosigkeit, mit der die U. S. P. unfehlbare Gewerkschaftsführer, bestätigt habe, lasse ein zerknalltes Zusammensetzen der ausgeschlossenen erscheinen. (Stärkerer Widerspruch.) Besonders des Aufgabenkreises der Betriebsräte beständen bei einigen Punkten wesentliche Differenzen. Die Mitteilung des Betriebsrats bei Einstellungen würde auch von den kirchlichen Gewerkschaften abweichen, weil dadurch der Terror die Kirche gefügt werde. Gewalt könne aber nur zerstören, niemals aufbauen. (Zuruf: Roske!) Bei Roske liege die Sache anders, dies sei ein Tell aufbauender Kraft. (Lebhafte Wiederholung.) Die Beteiligung am Ausschussrat sei ablehnenswert. Die Demokratische Partei habe beantragt, dass dem Betriebsrat das Recht gegeben wird, Wünsche an den Ausschussrat zu richten und Vorlegung monatlicher Ausweise über den Geschäftsbetrieb gefordert. Dieser sollte gehalten sein, innerhalb vier Wochen eine Erklärung mit dem Betriebsrat abzuholen. Die Vorlegung der Bilanz sei ebenfalls nicht nötig, weil diese nur ein Bild gebe über das, was einmal war. Außerdem ist die Geheimhaltung vorgeschrieben. Die meisten Bilanzen seien schlecht. Dies würde verhindern, weil bei Bekanntwerden der Kredit sinkt. Unser ganzes Wirtschaftsleben sei auf den Kreis beschränkt. Deshalb sei diese Forderung sehr gefährlich! Die Arbeiterschaft habe auch bisher gemerkt, wenn die Geschäfte gut gehen. Dazu brauche sie keine Einsicht in die Geschäftsschlüsse. Der Betriebsrat könne auch unmöglich die gesamte Verteilung eines Betriebes übernehmen. Selbst Trodt habe dies zugegeben. Die rechtschristliche Industrie sei vernichtet worden, weil jeder, in die Betriebsleitung hineinwollte. Auch Rautenkamp sei der gleichen Meinung. (Zuruf: Ach, Sie kennen ja die Schriften ihrer eigenen Parteiführer nicht, Sie sind auch unschuldig, sich in andre Anschauungen zu versetzen. Allgemeiner Wurm.) Dem Vorhabenden gelang es erst nach langer Zeit, Ruhe zu schaffen. Eisermann wurde verlangt, dass Schneider diese Befreiung zurücknimmt.

In der Diskussion kam zuerst zum Wort Genosse Klemm. Er erklärte, dass Schneider nur eine Ordnung kenne und das sei die kapitalistische. Schneider vertrete nicht Angestellten, sondern Unternehmereigene Interessen. Auch die Arbeit der Angestellten sei durch die Arbeitssteilung zum großen Teil eine mechanische geworden. Nur die einer kleinen Gruppe habe leidenden Charakter. Die Interessen der Angestellten bewegen sich auf derselben Bahn wie die der Arbeiter. Ohne Kampf gewöhne der Unternehmer auch den Angestellten nichts, ebenso wenig wie das Unternehmertum bereit. Zugleich über die Vorschläge des Betriebsratsgesetzes hinaus zu machen. Die Nichtabberücksichtigung der Betriebsratsmitglieder würde dazu führen, dass die Unternehmer ihren verderblichen Einfluss auf sie geltend machen. (Zuruf: Es wäre traurig genug, wenn dies gelänge!) Wir haben nicht die Befreiung, dass die Angestellten von den Arbeitern unterdrückt werden. In einer Eingabe an den sozialpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung seien von dem Bund freiheitlicher nationaler Angestelltenverbände viel mehr Verhinderungen verlangt worden, als Schneider heute vertreten hat. Zugleich sei diese Eingabe auch von Schneider mit unterschrieben. Selbst auf einer Konferenz der Demokratischen Partei, freiherrlich nationalen Angestellten und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten sei zum Ausdruck gebracht worden, dass diese Eingabe den erbärmlichen Regierungsentwurf noch mehr verschärfe, weil nur Mittelmänner verlangt würden. Das sei auch kein Wunder, denn an der Ausstellung der Eingabe habe der Syndikus der Porzellanindustriellen, Dr. Bartholomäus, mitgewirkt. Bartholomäus ist der selbe Herr, der erklärte, die Befreiung der Löhne sei allein Sache der Unternehmer. Die Unternehmer wollen nur die Freiheit der Ausbeutung. Die Angestellten sind nicht, wie Dr. Bartholomäus sagte, Kameraden des Unternehmers. Deshalb seien wir eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab. Angestellte und Arbeiter müssen gemeinsam an ihrer Befreiung arbeiten. Der Feind steht rechts. Auch die Demokratische Partei

Die gründliche Abschrift des Referenten durch den Genossen Alem veranlasste den demokratischen Vorhabenden der Versammlung zu einer Ehrentretung seiner Partei, er erklärte, die Demokratische Partei vertrete das ganze Volk, nicht nur die Unternehmer. Viel Gläubiger hat der Mann für diese Behauptung aber nicht gefunden. An der weiteren Diskussion versuchte zunächst ein Fräulein Bartholomäus dem bedrängten Gustav Schneider zu Hilfe zu kommen, sie und Schneider wurden aber von den nachfolgenden Rednern, insbesondere von den Genossen Schilling und Gutmann, geziert heimgesucht. Als die Demokraten merkten, welche Stimmung die Versammlung beherrschte, erklärte der Vorhabende, er habe jetzt erst bemerkt, dass er sich in einer Versammlung der U. S. P. befindet. Die Deutung für das Verhalten der Herren Schneider und Co. stellte die Versammlung aus durch Annahme einer Resolution, gegen die sich kaum 15 Stimmen erhoben. Damit haben sich die Angestellten wiederum eine wohlverdiente Abschrift bei den Angestellten geholt.

Die Resolution lautet:

"Die am 16. November in den drei Sälen Versammelten erklärten zu dem Vortrag des Herrn Gustav Schneider, dass diese Ausführungen von einem Demokraten nicht anders gemacht werden können. Die Versammlung erklärt, dass die Demokratische Partei als Vertreterin des Unternehmertums in der Frage des Betriebsratsgesetzes, wie nicht anders zu erwarten, vollständig versagt hat.

Die Arbeiterschaft Leipzigs, hierzu gehörten auch die Angestellten,

hatten ganz andre Forderungen an das Betriebsratsgesetz, und zwar sind diese Forderungen grundsätzlicher Natur. Die Arbeiter- und Angestellten erhoffen in dem Betriebsratsgesetz eine Garantie auf dem Wege zum Sozialismus. Aus diesem Grunde seien die Versammlungen nur die Vertreter der U. S. P. im Parlament als legitimiert an-

dem Betriebsratsgesetz die Form zu geben, die im Interesse der Arbeiter- und Angestelltenchaft zur ökonomischen Befreiung notwendig ist. Das Betriebsratsgesetz hat für die Arbeiter und Angestellten nur dann einen Sinn, wenn es die Grundlage zur völligen Sozialisierung ist."

Gesprengte Jugendversammlung gegen den Kinoschund.

Die vereinigten Jugendverbände Leipzigs — denen sich in diesem Falle auch die sozialistische Jugend in ihrer Mehrheit angeschlossen hatte — hatten gestern vormittag Leipzigs Jugend zu einer Protestversammlung im Zoologischen Garten gerufen, um gegen den Kinoschund unserer Tage Stellung zu nehmen. Eine Reihe namhafter Redner, die der Jugend und der Kinobewegung nahestehen, sollen sprechen und Abhilfe- oder vielseitige Abwehrmaßnahmen vorschlagen. Doch es kam anders. Die Anhänger und Anhänger des Kinoschundes hatten ebenfalls ihren Heubau aufgebaut und waren widerrechtlich, teilweise sogar, wie von den Einberufenen der Veranstaltung behauptet wird, unter Anwendung roher Gewalt 1½ Stunden vor Beginn der Versammlung in den Saal gedrängt. Es konnte daher nicht zweckmäßig sein, dass die für die Jugend bestimmte und von dieser veranstaltete Versammlung von vornherein nach ihrer in der oben geschilderten Weise aufzulösen gekommenen Mehrheit den Zweck der Veranstaltung nicht erfüllen konnte — und nach dem Willen der Mehrheit auch nicht sollte. Denn in der von den Versammlungsbeauftragten loyalerweise angestandenen Verhandlung zwischen Jugendvertretern und den Interessenten des Kinoschundes verlangten die letzteren ausdrücklich, dass die vorgelesenen Redner der Jugend ihre Referate unter eine Zensur des Kinoschundes anhängen sollten!! Das verlangten dieselben Kreise, die von der schrankenlosen Aushebung der Zensur aus Profitinteresse den rücksichtslosen Gebrauch machen. Selbstverständlich war auf dieser Basis Verhandeln möglich. Nachdem die Prüfungskomitee des Kinoschundes interessenten öffentlich festgestellt war, wurde die Veranstaltung aufgelöst erklärt. In großer Erregung ging die Versammlung auseinander.

Die Antisemiten nahmen die Gelegenheit zu einer Hetze gegen die Juden wahr. Sie verteilten ihre bekannten Flugblätter.

Ratsbeschlüsse.

Die Beschaffungsbehilfe. Den von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 18. November gefassten Beschlüssen wegen Gewährung einer Beschaffungsbehilfe an die städtischen Arbeiter, Angestellten, Lehrer, Beamte usw. wurde betonten und insbesondere beschlossen, für die Auszahlung der Beschaffungsbehilfe 7 Millionen Mark, und zwar einschließlich des auf die technischen Werke entfallenden Beitrages von 2,2 Millionen, aus Anteilmittel zu entnehmen und zu dieser Art der Verwendung der Anteilmittel die Genehmigung der Regierung einzuholen. Im übrigen soll, entsprechend dem Antrags der Stadtverordneten, der Rest der zur Deckung erforderlichen Mittel durch Steuern ausgezahlt werden, und zwar in Gestalt eines Zuschlags in Höhe von 40 Prozent zum 2. Steuertermin 1919, der nach denselben Steuersätzen wie der 1. und 2. Steuertermin 1919 erhoben werden soll. Dem Wunsch der Stadtverordneten, Beitragspflichtigen bis zu 5800 M. diesen Zuschlag zu erlassen, wird entsprochen werden. Der Zuschlag soll zusammen mit dem Steuertermin für das 1. Quartaljahr 1920 eingezahlt werden. Die Auszahlung der Beschaffungsbehilfe an die städtischen Arbeiter usw. wird, soweit dies möglich ist, zusammen mit den Dezemberbezügen in einer Summe erfolgen.

Der Streik der Bergarbeiter in Döbeln. Man nahm Kenntnis davon, dass die unter Tage arbeitenden Bergarbeiter des Döbelner Kohlenwerkes wegen Nichterfüllung ihrer Forderung, ihnen zu ihren gegen die Tariflöhne bereits erhöhten Löhnen einen weiteren Ortszuschlag von 6 M. täglich zu gewähren, ohne die zuständige Schlichtungsstelle anzuzeigen, in den Streik getreten sind, das aber der Maschinenbetrieb durch das über Tage arbeitende Personal zunächst aufrechterhalten wird. Durch den Streik wird die für die Stadt bestehende Kohlenlücke weiter verschärft.

Die Gaßpresse für Feuerwehrgeschäfte. Im Hinblick auf den immer noch andauernden empfindlichen Mangel an Kohlen und Betriebsstoffen wurde beschlossen, die durch die Bekanntmachungen vom 4. und 8. November verfügten Einschränkungen des Gas- und Stromverbrauchs bis auf weiteres im bisherigen Umfang aufrechterhalten und nur den Bedürfern und Feuerwehr mit Rücksicht darauf, dass ihr Geschäft erst nach Schluss der übrigen Arbeits- und Geschäftsbetriebs eingesetzt, die Einnahme von Gas und Strom bis 6 Uhr abends zu gestatten. Voraussichtlich werden sich, nachdem soeben vom Wissenschaftsministerium Maßnahmen für Gas- und Strom einschränkung nahmen erschienen sind, im Laufe der kommenden Woche Änderungen der für das Städtegebiet Leipzig erlassenen Bestimmungen notwendig machen.

Die Stadträtschaftswahlen. Die Bestimmung in § 1 des von den städtischen Bürgerversammlungen beschlossenen Ortsgesetzes über die Wahlen für die Gemeindeverwaltung, wonach unbesoldete Ratsmitglieder auf drei Jahre gewählt werden sollten, ist vom Ministerium des Innern nicht genehmigt und Ausnahmegenehmigung von der Borsig in § 80 der Neubilderten Städteordnung, die teilweise Erneuerung der unbesoldeten Ratsmitglieder bereits nach zwei Jahren fordert, abgelehnt worden mit der Begründung, dass eine durchgreifende Umarbeitung der Gemeindeordnungen bevorstehe, und es bedenklich erscheine, dieser allgemeine Regelung durch Sonderregelungen für einzelne Gemeinden vorzugehen. Bei dieser Sache und um die Verabschiebung des Ortsgesetzes nicht aufzuhalten, beschloss man, die Sonderbestimmung in § 1 des Ortsgesetzes über die Wahlbauer der unbesoldeten Ratsmitglieder fallen zu lassen und auch einzigen geringfügigen vom Ministerium angeregten Änderungen zu stimmen. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Der Protest der Bordellwirte. — Ein Kulturdokument

Der Polizeibericht meldet: Dem Polizeiamt ist zu der in der Nordsache Ingelken von ihm erlassenen amtlichen Bekanntmachung von einer Anzahl bürgerlicher Bordellinhaber ein Beschwerdefließendes Schreiben zugegangen, das das Polizeiamt im Interesse der Bevölkerung wie der Allgemeinheit der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu sollen glaubt. Dieses Schreiben lautet wie folgt: „An der Bekanntmachung vom 28. 10. d. J. — Nr. V. B. II 2752/19 —, die zur Ermittlung des Mörders des Agenten Ingelken erlassen worden ist, wird im 5. Absatz gesagt, dass „der Mörder mit größter Wahrscheinlichkeit unter den Inhaftierten, Bordellwirten oder ähnlichen Elementen zu suchen sein werde“. Die unterzeichneten Bordellwirte verfahren sich gegen diese Zusammensetzung, die sie gewissmaßen als eine Verbrecherklasse erachten lassen. Sie verkennen nicht, dass sie außerhalb der „Gesellschaft“ stehen, müssen aber im eigenen wie im allgemeinen Interesse sich gegen eine Darstellung wenden, die sie schädigt, zum Gegenstand des Hasses des Volkes zu machen geeignet und außerdem auch kriminalwissenschaftlich falsch ist, wie ihnen von ihrem Rechtsbeistand bestätigt worden ist. Die Bordellwirte der hiesigen Stadt sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die nur die Regel bestätigen können, wirtschaftlich gesicherte Christen, die zwar durch unsre innerlich widerprüchsvolle Sittenlichkeit die Beziehung gelegentlich in unvermeidliche Konflikte mit den Strafanwälten geraten, sonst aber ruhige Bürger sind. Von vorliegenden Fällen aus, seit der Geistete, dessen Täterschaft hier übrigens wohl zu bedenken und dargestellt wird, ein armer Schlucker war, der am großen, wenn nicht größten Teile von ihrer Mäßigung lebte,

ihnen war seine Mittellosigkeit bekannt, dass auch beim Haberligsten das Motiv eines Raubmordes entfällt, und für einen Nachhalt war Ingelken ein zu harmloser Mensch. Vor allem aber rekrutieren sich die Mörder aus den oben angeführten Gründen gewiss am wenigsten aus den Kreisen der Bordellwirte. Die Unterzeichnaten wären zw. Hochwohlgeboren als dankbar, wenn Sie das hier würden, dass sie in Zukunft nicht wieder mit einer Verbrecherklasse zusammengetragen werden. Mit vorsichtiger Hochachtung (Unterschriften).“

Bewachung und Wächter.

Die öffentliche Sicherheit hat in letzter Zeit in erhebender Weise abgenommen. Die Zahl der Einbrüche ist stark gestiegen. Die Bevölkerung bringt auf Abhilfe. Bei dieser Gelegenheit ist es einmal notwendig, die Leipziger Wach- und Schließgesellschaft einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Gegen Zahlung gewisser Abonnementbeiträge und nach einem bestimmten Tarif übernimmt die Wach- und Schließgesellschaft die Bewachung von Grundstücken, Fabriken, Wohnräumen, Warenlagern usw. Zu diesem Zweck hält sie einen Stab von Wächtern, die die Bewachung der einzelnen Reviere ausüben. Der Dienst ist kein leichter und erfordert ein starkes körperliches Aufwand. Die Verantwortung ist groß. Unter den heutigen Verhältnissen ist die Ausübung des Berufs oft mit Lebensgefahr verknüpft. Wer nun denkt, dass dem schweren Dienst entsprechend auch der gezahlte Lohn ein hoher ist, der täuscht sich sehr. Schlechtere Löhne als bei der Wach- und Schließgesellschaft wird es wohl kaum noch geben. Der Lohn beträgt gegenwärtig 200.— bis 280.— M. pro Monat, wovon noch die gesetzlichen Kostenbeiträge abgezogen. Das mit diesen Lönen feste Arbeit ist instand ist, seine Familie menschlich zu ernähren, liegt wohl klar auf der Hand. Was sind die Folgen? Der Wächter ist gezwungen, seine freie Zeit, die dem Ruhebedürfnis dienen soll, mit Nebenbeschäftigung auszufüllen, d. h. wenn es ihm gelingt, diese zu erhalten. Sein Arbeitstag verlängert sich demzufolge auf 10 und noch mehr Stunden. Die weitere Folge ist große Übermüdung beim Nachdienst. Die ungünstigen Verhältnisse bewirken nun sicher, dass der Betrieb der Wach- und Schließgesellschaft zu einem Taubenschlag verändert wird. Das liegt natürlich nicht im Interesse der Abonnenten, denn die Bewachung, die in dieser abnormen Zeit doppelt notwendig ist, leidet darunter. Hier wäre es tatsächlich Zeit, wenn dieser Betrieb, der dem öffentlichen Interesse dient, kommunalisiert und damit gleich eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt würde. Das wäre wohl zu wünschen, weiterhin aber auch, dass diese beiden das Augenmerk der Öffentlichkeit auch einmal auf diesen Betrieb lenken.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Ein beamteter Lebensmittelbeschaffer. Am Sonnabend ist der Deputent der Lebensmittelabteilung bei der Amtshauptmannschaft Leipzig, Dr. Müller, seines Amtes entzweit worden, weil er an Lebensmittelbeschaffungen beteiligt gewesen sein soll. Wie berichtet wird, soll Dr. Müller in Untersuchungshaft genommen worden sein. Offenbarlich erschüttert die Bevölkerung bald durch die Amtshauptmannschaft, was es mit diesem amtlichen Schleifer für eine Bevandumst hat.

Vorträge für Arbeitslose. Wegen des Bußtages findet der nächste Vortrag am Dienstag, den 18. November, nachmittags 15 Uhr, im Auguste-Schmidt-Haus statt. Der Redner wird diesmal das Thema: Geschlechtskankerei und Geschlechtsleben behandeln und seine Ausführungen durch eine Reihe von Bildern unterstützen.

Relehrabstreuungen traten in Leipzig am Sonnabend ein. Der zu dieser Jahreszeit ungewöhnlich reiche Schneefall rief besonders im Straßenbahnhofe Stockungen hervor. Die Verwaltung liess sich lediglich nur die Motorwagen verkehren.

Jugendarbeit ab 17. November. Vom Montag, dem 17. November an, tritt auf den Linien der sächsischen Staatsbahnlinien der Werktag wieder, der bis 4. November gänzlich gewesen ist. Fahrplan in Kraft, jedoch werden auf zahlreichen Linien Bf. J. B. wegfallen und auch sonst Fahrpläne ändern eintreten. Die Maßnahmen werden durch einen besonderen Anschlag auf den Stationen bekanntgemacht.

Besonders stark eingeschränkt wird der Schnellzugverkehr; auf den Schnellzuglinien wird mindestens täglich nicht mehr als ein Schnellzug in jeder Richtung gefahren. Zur Sicherung des Arbeiters und Verkehrsverkehrs und um eine Überfüllung der Bahn zu vermeiden, kann von den Fahrkartenausgaben zu den einzelnen Zügen voraussichtlich auch an den Fernzügen, auch weiterhin nur eine beschränkte Anzahl Fahrkarten verkaufen werden. Die Reise muss am Vortag abgestellt werden. Bis auf weiteres bleibt ferner der Verlauf von Nachtzügen und Bahnsteigkarten eingestellt, ebenso der Fahrkarteverkauf durch die Reisebüros; auch werden Verkäufe von Fahrkarten nicht angenommen. Dagegen wird Expresszug auch nach außerstädtischen Stationen wieder befördert.

Stadt Kinder auf Land. Die Kinder aus Mecklenburg-Lübbecke Dienstag, den 18. November, von dort zurück und treffen voraussichtlich abends 11.11 Uhr in Leipzig (Hauptbahnhof) ein.

Die Verpackungsabstellung für Kriegsgefangenen-Sendungen hält wegen des Bußtages ihre Sprechstunden diese Woche schon am Dienstag, dem 18. November, vormittag 10—12 Uhr, Leipziger Straße 2, ab.

Eine Protestversammlung gegen die Jurisdiktion unserer Kriegsgefangenen in Frankreich fand am Sonntag in der Albertshalle statt. Nach einem Referat des Herrn Dr. Goeh wurde eine Entschließung angenommen, in der der deutschen Bevölkerung gerufen wird: Weilt Euch alle mit uns dem großen gemeinsamen Zwecke, in unablässiger Weise Bemühen für die Befreiung unserer armen Gefangenen zu wünschen! Kämpft mit uns in Wort und Schrift, ratschelt Menschlichkeit und Vernunft an Neutralen und Feind! Erniedrigt nicht; denkt immer an neue Mittel und Wege für den einen großen Zweck: Heraus mit uns aus dem Gefangenental!

Für Hundebesitzer. Nach der Verkehrsordnung müssen alle frei umherlauffenden Hunde und die angepannten Jagdhunde mit einem genau passenden und gehörig befestigten, das Bein an hindernenden Maulkorb versehen sein. Wie jedoch tagtäglich auf den Straßen und Plätzen zu beobachten ist, wird diese Vorschrift von vielen Hundebesitzern nicht befolgt und es häufen sich infolgedessen die Anzeigen und Beschwerden über Hundebisse. Hundebesitzern ist deshalb die Beachtung der Vorschriften über den Maulkorbzwang zu empfehlen.

Die Bombenexplosion. Die Staatsanwaltschaft in Leipzig hat für die Ermittlung des Täters, sowie für sachdienliche Angaben, die zur Ermittlung des Täters führen, eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt, so dass nunmehr eine Gesamtbelohnung von 8000 M. als Belohnung verteilt werden kann. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind in vollem Gange. Eine Sichtung der Habs- und Steinräumen hat nunmehr zweifelsfrei ergeben, dass die sehr starke Sprengladung im Treppenhaus des zweiten Stocks in unmittelbarer Nähe des Eingangs zur Schwarzen Wohnung an die Wohnungswand angelehnt gew

1920 festgesetzt sein soll. Zum Neubau einer neuen Schule werden Pläne und Zeichnungen angefertigt. Die Wirtschaftsbehörde für Lehrer wurde mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Rauchhof. **Gemeinderat.** Die Arnoldschen Bauzonen wurden mit den üblichen Bedingungen genehmigt. Das Kostengeld der Gemeindeherrschaft wurde auf 5 M. täglich erhöht. Bei der Beratung über das Gesetz um Betrieb der Stadtgemeinde zu dem Gemeindeverband zwecks Handels- und Ausführung von Vorarbeiten für die Dnebahn Borna-Bab-Dausid-Großbothen zeigte man große Sympathie für den Bau der Bahn. Von der Genehmigung einer Geldunterstützung nahm man aber Abstand. Das Gesetz der Gewerkschaften wurde genehmigt. Es soll für die verfehlten Gewerkschaften, die am 1. November sechs Wochen arbeitslos waren und jetzt noch sind, eine Extraerlösung in der Höhe von zwei Wochenstunden für jede von einer Wochezeit geahnt werden; außerdem sollen Guittschne für den Chemnitz und die Grau von 2 M. für jedes Kind von 1 M. gegeben werden. Ferner wurde beschlossen, die zweimalige Kontrolle fallenzulassen und eine einmalige einzuführen. In Tagesselben sollen geahnt werden; für Mitglieder des Stadtgemeinderats und der städtischen Ausschüsse 12 M. für den ganzen Tag, 8 M. für den halben Tag; für Staatsbeamte 10 M. und 6 M.; für Staatsbeamte 8 M. und 5 M. Eisenbahnschaffgeld wird nur für die B. Bogenklasse genehmigt. Den Stadtvorordneten wurde eine Aufwandsentschädigung von jährlich 200 M. mit 7 gegen 3 Stimmen zugestimmt. Von der 11. S. P. stimmte Genosse Oberländer mit dagegen. Der Vertrag des Rechnungsauges auf die Zeit vom 1. April bis 31. März, der Verlängerung des Haushaltplans bis zum 31. März 1920 und der Ausstellung eines Steuerermunds für diese Zeit stimmte man zu. Die Steuer soll nach den jetzt bestehenden Sätzen erhoben werden. Von einer neuen Einschätzung nahm man Abstand. Zur Einrichtung einer Stahlkammer bei der Städtischen Sparkasse sollen in Chemnitz und Dresden noch andre Anschläge eingefordert werden.

Die Leibertwölkisch. **Gemeinderat.** Mitgeteilt wurde, daß das Wasser aus dem Wasserwerk Leibertwölkisch durch die Untersuchungsanstalt des Hygienischen Instituts der Universität Leipzig untersucht und völlig einwandfrei befunden worden ist. Die vom Schulvorstand beantragte Auszeichnung einer ständigen Lehrerstelle wurde genehmigt. Man beschloß die Vernichtung der eingezogenen Kleingeldscheine nach den Vorschlägen der Kasserverwaltung und unter Aufsicht eines Mitgliedes des Gemeinderats. Den Vorschlägen des Bauausschusses über Namensgebung für verschiedene neue Straßen stimmte man zu, ebenso den Vorschlägen über eine angemessene Erhöhung der Bäderpreise in der Gemeindebedecktheit. Für ein in die Kür Leibertwölkisch einverlebt Feldgrundstück forderte die Gemeinde Juckelhausen für die ihr entgehende Gemeindegrenze eine Kapitalabstufung in Höhe von 8778 M. Auf Vorschlag des Finanzausschusses wurde beschlossen, die Gemeinde Juckelhausen die geforderte Entschädigung zu bewilligen.

Judithshausen. **Gemeinderat.** In der Bausache Röber soll zunächst Herr Krautberger einen Befreiungsplan seines Grundstücks wegen des Straßenausbaues einreichen, damit den dahinter liegenden Besitzern später keine Schwierigkeiten entstehen. Der Rat der Stadt Leipzig teilt mit, daß nach Anhörung des gemischten Einverleibungsausschusses von einer Eingemeindung Juckelhausen Abstand genommen ist. Herr Schilitz stellt den Antrag, eine Verschmelzung mit Holzhausen herbeizuführen. Der Antrag wird abgelehnt. Dagegen wird der Vorstand ermächtigt, mit Leibertwölkisch wegen Bildung eines Zweckverbandes in Diskussion zu treten. Holzhausen soll anhängiggestellt werden, dasselbe zu tun. Für 700 Einwohner sind noch Kartoffeln auf A-, B- und C-Karten zu beschaffen, das sind rund 8000 Sennitner. Alle umliegenden Altersälter haben auf Anfragen wegen Lieferung abwehrend geantwortet. Am 1. Dezember wird ein Postamt im Bahnhof eröffnet. Die Einbeziehung in den Vorortverkehr soll noch erwogen werden. Um das lange Siechen bei der Kohlenausgabe zu verhindern, wird der Vorschlag gemacht, für die Einwohner, die gewählt sind, einen Aufschlag von 20 bis 50 Pf. für den Rentner zu zahlen, die Abgaben ins Haushalten zu lassen. Zum Schlus erfolgte die Wahl zum Bezirksausschuß.

Annaulieberg. **Gemeinderat.** Gegen das Verfahren der Zugangs soll strenger eingeschritten werden. Eine Dresdner Forderung über Holz aus Herrenhäusern wird, da das Holz zu teuer ist, abgelehnt. Der Wunsch der Arbeitsschulen, eine Verteilung im Gemeinderat zu erhalten, wird als ungerechtfertigt abgelehnt. Es soll bei der Behörde gefordert werden, die Arbeitsschulenunterstützung, nach Klasse A zu bezahlen, weil die Leistungserfolgsverhältnisse am Orte die gleichen sind wie in der Stadt Leipzig. Beide Strafenbücher sollen folgende Stundenlöhne geahnt werden: für Arbeiter über 25 Jahre 220 M., 21 bis 25 Jahre 2 M., 18 bis 21 Jahre 185 M., unter 18 Jahren 140 bis 170 M. Bei Arbeitsaufstand wegen ungünstiger Witterung soll, wenn dieser länger als einen Tag anhält, die Arbeitsschulenunterstützung geahnt werden. Beschlissen wurde, einige Grundstücke zu bauen unter Buhlschaffung der Staatsbehörden.

Annaulieberg. **Alte und neue „Machthaber“.** Auf Beschluss des Gemeinderats ist in der Uferstraße eine Sperrzeile angebracht worden, um das Verfahren dieser Straße zu verhindern. Gegen diese Maßnahme wendet sich eine Beschwerde, die von einigen Herren an die Amtshauptmannschaft gerichtet worden ist. Darin werden die Gemeinderäte als die „lebigen Machthaber in der Gemeinde“ bezeichnet. Die Beschwerde geht vom Gemeindevorstand und einem Büchsenmeister aus, der beim Ausbruch der Revolution selbst noch im Gemeinderat saß, dann aber herausgewählt worden ist. Leider ist der Gemeinderat nicht der wirkliche Machthaber in der Gemeinde. Wäre er es, dann könnte er es verhindern, daß Autos abends und nachts bei dem Herren Büchsenmeister auf den Hof fahren, um dort Lebensmittel, die im Ort selbst notwendig gebraucht werden, einzukaufen. Da der Gemeinderat leider nicht die Macht hat, einzutreten, wäre es Aufgabe der Behörde, diese Sache einmal näher zu untersuchen.

Gewerkschaftsbewegung.

Vereinbarungen der Maschinenbau und Heizer in der Metallindustrie

Leipzig.

Die Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen haben folgende Vereinbarungen ergeben:

1. Maschinenbau und Heizer werden in dem, mit dem Metallarbeiterverband abgeschlossenen Tarif eingearbeitet.

2. Die Maschinenbau und im allgemeinen als gelernte Leute zu betrachten und zu behandeln, sofern auf sie der nachfolgende Wortlaut der Anmerkung zu Gruppe 1 des Metallarbeitertarifs zutrifft: "Gelernte Facharbeiter sind solche in der Fabrikation beschäftigte Leute, die eine ihrem Fach entsprechende, mindestens dreijährige Lehrzeit nachweisen können und in diesem Fach bestätigt waren. Als Auspiel hierüber gelten Urkunde oder einwandfreie Bescheinigungen über inne gehabte Arbeitszeit."

3. Unter Heizer sind im allgemeinen Hochdruck-Dampf-

Leiseleiter zu verstehen. Diese Heizer sind im allgemeinen unter angelehrte Leute nach dem Metallarbeitertarif zu behandeln, sofern sie selbstständig die Erfahrung ausüben und sofern auf sie der nachfolgende Wortlaut der Anmerkung zu Gruppe 2 des Metallarbeitertarifs sinngemäß zutrifft: "Angelernte Arbeiter sind solche Maschinenarbeiter, welche keine ihrem Fach entsprechende Lehrzeit durchgemacht haben und alle diejenigen Arbeiter, die in der Fabrikation produktiv beschäftigt waren." Für Arbeitszeit und Überstunden gelten Absatz 1 und 2 des Metallarbeiter-

tarifs. —

Antrag zu Unzulässigkeit: gibt bei den Unternehmern als auch bei den Maschinenbau und Heizer der Absatz 2 des Tarifs. Der Absatz lautet: "Bei Heizern, Maschinenbau, Wächtern, Wärtern usw. gilt die jeweils erforderliche längere Arbeitszeit als normale Arbeitszeit ohne Überstundenzuschlag. Ausgeschlossen sind besonders Überstunden für Reparaturen und längere Schichtdauer des Betriebs." Das besagt, daß die jeweils erforderliche längere Arbeits-

zeit mit dem normalen Stundenlohn bezahlt werden muß, jedoch ohne Zuschlag für Überstunden. Das bezicht sich auf Anhänger, überhaupt auf alle Arbeiten zum In- und Außenbetriebsebenen der Maschinen- und Dampfstationen. Es bleibt gleichgültig, ob die längere Arbeitszeit vor oder nach der Abstandsnachfrage eintritt.

Derne verfolgt es, daß die besondern Überstunden für Reparaturarbeiten und Produktion mit dem tarifmäßigen Stundenlohn entsprechend Überstundenzuschlag bezahlt werden müssen. Dagegen ist zu beachten, daß im Metallarbeitertarif für sämtliche Arbeiter nur Stundenlohn festgelegt sind.

Die Form der Lohnzahlung ist im § 7, Lohnabrechnung, folgendermaßen geregelt: "Die Arbeit darf nur im Lohn oder im Allzoll hergestellt werden. Jede andre Form der Entlohnung bedarf der Zustimmung der vertragsschließenden Parteien." Diese Zustimmung, in Verbindung mit dem § 8, Lohnfestsetzung, wo nur Stundenlohn vereinbart sind, besagt, daß die Lohnzahlung in Wochenlohn ohne Zustimmung der vertragsschließenden Parteien nicht stattfinden darf. Wenn dennoch Unternehmern sich finden, die die Wochenlohnzahlung weiterführen oder erst einführen wollen, so verstößt dieses Verfahren gegen den § 11, Abkommen, Abs. a und b. Hier wird bestimmt, daß bestehende Arbeitsordnungen durch die tariflichen, d. h. — verw. — Vereinbarungen eine Änderung erfahren und, daß Sonderabmachungen irgendwelcher Art unzulässig sind. Also, wenn die bestehenden Arbeitsordnungen Wochenlohnzahlung vorsehen haben, dann diese Lohnzahlungsart durch die vereinbarte Stundenlohnzahlung in Wegefall gekommen ist. Wird sie dennoch aufrechterhalten, so ist sie eine Sonderabmachung, die gegen den Tarifvertrag verstößt. Das gilt für Arbeiter wie für Unternehmer.

Die Maschinenbau und Heizer in der Metallindustrie werden hiermit darauf hingewiesen, daß sie nur im Stundenlohn zu arbeiten haben. Um übrigen empfehlen wir den Kollegen, vorläufig nur Vereinbarungen unter Vorbehalt der etwa nachfolgenden Verhöldigung in der Lohnzahlung einzugehen.

Zentralverband der Maschinenbau und Heizer.

Tarifwidrigkeit im Leipziger Holzgewerbe.

Eine am 12. November im Volkshaus tagende stark besuchte Holzarbeiterversammlung beschloß die Kündigung des am 15. Februar 1920 ablaufenden Tarifvertrags mit dem Arbeiter- und Schuhverband und dem Verband der Metallindustriellen. Für die fertige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Kündigung des zwischen den Zentralvorständen im August dieses Jahres vereinbarten Tarifvertrags mit Gültigkeit der Tarifklasse I für unsern Ort.

2. Gewährung einer weiteren Tenerungszeit von 50 Pf. pro Stunde an alle Arbeiter und Arbeitnehmer und dementsprechende Erhöhung der nach obigem Vertrag geltenden Durchschnitts- und Mindestlöhne.

Auf den Leipziger Gewerkschäften.

Arbeiter. In der Versammlung am 12. November wurde die Wahl des 2. Vorsitzenden vertragt, dagegen zwei Bureaumitglieder gewählt, und zwar Kollege Hermann mit 618 Stimmen, Kollege Schenkenberger mit 628 Stimmen; Kollege Höppner erhielt 440, Kollege Schöber 249 Stimmen, zerstreut (und weigert) waren 81 Stimmen.

Die Bildung eines Abbaunausschusses im 10. A.-R. durch die Vertreter der gelben Verbände verhindert!

Was wird geschrieben: Im Regierungsvorordnungsblatt Nr. 283 war die Bildung von Abbaunausschüssen empfohlen worden, die bei den Generalkommandos den Abbau- der alten Truppenteile unter Mitwirkung der Angestelltenvertretung vornehmen sollen. Am 10. A.-R. sind die Kollegen der militärischen Abwaltungsstellen bis auf einige kleine Splitter im Zentralverband organisiert. Sie wollten in einer sehr gut besuchten Brauhausversammlung am 22. 10. je einen Vertragsangestellten des Abw.-Amtes und der Intendantur XIX als ihre Vertreter für den Abbaunausschuss und verschlossen, daß ein Vertreter des Zentralverbandes an den Verhandlungen teilnehmen sollte. Die Beteiligung anderer Organisationen wurde einstimmig abgelehnt, da sie keine rechtsfähige Mitgliedschaft haben und der Abbaunausschuss nicht zum Tummpfeil für Organisationsstreitfragen gemacht werden sollte. Sollte der Abbaunausschuss kein bloßes Ausdruckschild werden, und eine wirksame Interessenvertretung der Angestellten darin garantiert sein, so müssten die Angestellten in geschlossener Front, einschließlich Zweck und Ziel, den Behördenvertretern gegenüberstehen. Wie notwendig das war, geht aus einer einstweiligen Verhöldigung des Abw.-Amtes XIX hervor, in der gesagt wird, daß der Abbaunausschuss augenzeugen werden kann in den Angelegenheiten, die den weiteren Abbau betreffen, daß er nicht befugt ist, selbstständig Entscheidungen zu fällen, ihm aber die Verpflichtung auferlegt werden soll. Angelegenheiten von Wichtigkeit zur Sprache zu bringen. Sollte der Ausschuss für die Angestellten überhaupt einen Zweck haben, müsste zuerst eine Erweiterung seiner Besitzungen herbeigeführt werden, um den Angestelltenvertretern einen entscheidenden Einfluß zu garantieren. Durch das unberuhige Einbringen der Vertreter des D. O. V. und B. D. H. wurde die Durchlegung dieser Forderung von vornherein unmöglich gemacht und die Arbeitsfähigkeit des Abbaunausschusses verhindert, denn die Vertreter der genannten Verbände hatten Eingang gefunden als Schuhhalter der Behörde und hatten sich von dieser einladen lassen. Von den Angestellten abweisen, hatten sie sich dem Abw.-Amt als willkürliche Werkzeuge für den Auswurf der Angestellten angeholt und hatten keine andere Forderung aufzustellen als die, möglichst zum Abbaunausschuss zugelassen zu werden. Kollege Gutmann als Vertreter des Zentralverbandes müsste es daher aus Rechtlichkeit gründen und im Interesse einer wirksamen Angestelltenvertretung ablehnen, mit den Vertretern der gelben Verbände zusammenzuarbeiten. Er stellte es dem Abw.-Amt anheim, den Abbaunausschuss ohne Mitwirkung des Zentralverbandes zu bilden, dann hätten die Gründerlinge der beiden anderen Verbände die gewünschte Gelegenheit, aufzutreten, welcher Art ihre "Angestelltenvertretung" ist, die sie vorgeben, leisten zu können. Die beiden gewählten Angestelltenvertreter wiesen darauf hin, daß die Angestellten das Recht hätten, sich ihre Interessenvertretung selbst auszuführen, und daß durch die Beteiligung anderer Verbände an einem erschöpflichen Arbeiten nicht zu denken sei. Der ganze Apparat würde dadurch viel zu schwierig. Der Vertreter des Abw.-Amtes wollte auf die Beteiligung der gelben Verbände nicht verzichten, aber auch nicht mit ihnen allein den Abbaunausschuss bilden und brach so die Verhandlung als zwecklos ab.

Eine Einrichtung, die unter Umständen Vorteile für die Angestellten hätte bringen können, ist geschafft an dem kleinen Verbundesverein der Vertreter des B. D. O. und D. O. V., die in dem Abbaunausschuss eine Gelegenheit sahen, in den militärischen Abw.-Stellen auf den Gitarrefesttag für ihre Organisationen zu gehen.

Das Chorpersonal des Hamburger Stadttheaters hat am Sonnabend wegen des unbefriedigenden Ergebnisses der Gegenverhandlungen kurz vor Beginn der Vorstellung den Streik erklärt. Lohengrin mußte ohne Chor gespielt werden.

Die Demission zurückgezogen.

Paris, 15. November. Vorstand und Exekutivausschuss der Gewerkschäften des Seinedepartements haben ihr Rücktrittsgesuch zurückgewiesen. Das Zentralkomitee genehmigte eine vom Vorstand und dem Exekutivausschuss gegebene Interpretation des Gesetzes zur Errichtung eines Chorallagers, die feststellt, daß eine Abstimmung zugunsten des Chorallagers nur in Abwesenheit der Delegierten zulässig ist.

Gerichtsstaat.

Bandgericht.

Vor der dritten Strafkammer des Leipziger Landgerichts standen wegen Betrugs, Urkundensäufung und versuchter Erpressung der Mechaniker Hermann Henschobert, der Geschäftsinhaber Emil Schöpp und der Gastwirt Johann Kupfer. Alle Angeklagten sind aus Leipzig. Der Anklage liegen vier Vorgänge zugrunde, zu denen die Angeklagten teils alle zusammen, teils zu zweien beteiligt gewesen sind. Anfang März haben alle drei Angeklagten mit einem gefälschten Ausweis des Generalkommandos im Rittergut Kaunahain bei Benner Kartoffeln zum Höchstpreis gekauft. Einige Tage später haben die Angeklagten eine neue Urkunde angefertigt, in der ein gewisser Paul Hoffmann vom Einrichtungsbau des Generalkommandos ernannt wurde, auf dem Rittergut Kaunahain drei Tausend Mark in Empfang zu nehmen. Das gefälschte Blech ist später nach Gaußbach gebracht und dort schwangergeschichtet worden. Die dritte Anklage richtet sich gegen Henschobert und Schöpp, die zusammen mit einem Unbekannten am 11. März eine Ausweisliste des Engeren Ausschusses des A. und S.-Rates gefälscht und mit "Schöning" und "Dr. Geyer" unterzeichnet haben. Henschobert war durch die revolutionäre Welle mit emporgeschleift und in den Engeren Ausschuss gewählt worden. Schon bevor er diese Straftaten beging, war er durch einen Beschluß des Engeren Ausschusses gezwungen worden, seinen Posten niederzulegen. Mit Hilfe dieses gefälschten Ausweises und einer zweiten gefälschten Urkunde, die sie mit "Dr. Geyer" unterzeichnet hatten, versuchten die Angeklagten, bei dem Rittergutsbesitzer Wagner in Kaunahain den Betrag von 22 000 M. zu beschlagnahmen. Sie zeigten dem Buchhalter Berger diese beiden Ausweise und versuchten, ihn unter Androhung von Haftsuchung und Verhaftung zu bewegen, ihnen die ihm von Wagner übergebenen 22 000 M. auszuhändigen. In einem vierten Falle suchten die Angeklagten Henschobert und Schöpp mit Hilfe des gefälschten Ausweises die Frau Beamtin Vollack, Besitzerin des Ritterguts Cosenzen, zur Herausgabe ihres Geldes zu veranlassen. Sie gaben dabei an, daß Henschobert vom Engeren Ausschuss des A. und S.-Rates beauftragt sei, das überflüssige Geld zu beschlagnahmen.

Der Angeklagte Henschobert wurde am 9. November zum Leiter der Stadtkommandantur ernannt und war später Bahnhofskommandant. Am 1. März erfuhr sein neuerungsloses Ausscheiden aus dem Engeren Ausschuss des A. und S.-Rates. Der Angeklagte erklärt, daß er sich bei der ganzen Sache eigentlich gar nicht schuldig gemacht habe und vom Inspektor März vom Rittergut Kaunahain erst auf den Verdacht gebracht worden sei, das Geld beschlagnahmen zu wollen. März habe ihm erzählt, Wagner agitiere gegen die Revolution und habe 22 000 M. zum Anfang von Waffen zur Verfügung gestellt. Wagner habe das dann bestritten. Der junge März gibt an, daß er den Angeklagten Vieh und Kartoffeln zugesichert habe.

In Cosenzen hat sich der Angeklagte Henschobert bei der Frau Vollack vorgestellt und erklärt, er sei vom Soldatenrat legitimiert, ihr das überflüssige Geld abzunehmen, sonst müsse er bestrafen. Frau Vollack hat dabei den Angeklagten zu einem "Schlösschen Hecken" eingeladen, nachdem sie ihm vorher nachgewiesen hatte, daß sie kein überflüssiges Geld im Besitz habe. Während Henschobert seinen Koffer trug, schickte die Frau Vollack heimlich zum Rittergutsbesitzer Wagner um Hilfe. Dieser brachte einen Gendarmer mit und der Gendarmer verhaftete sofort den Angeklagten, während Schöpp und der Unbekannte entflohen.

Das Urteil lautete gegen Henschobert auf ein Jahr zehn Monate Gefängnis und dreißigjähriges Ehrentreiberverlust, gegen Schöpp auf ein Jahr Gefängnis und zweijähriges Ehrentreiberverlust und gegen Kupfer auf sechs Monate Gefängnis.

Schössengericht.

Wegen Verstoß gegen die Paragraphen 131, 110 und 111 des Strafgesetzbuchs hatten sich die beiden Geschäftsführer der Leipziger Buchdruckerei A. & C. und die Genossen Franz Buder und Arno Böttcher aus Leipzig zu verantworten. Es handelt sich um ein im April in Leipzig gedrucktes, in Leipzig und Leisnig verbreitetes Flugblatt, worin zum Belagerungsstand der Dresdner Reichsregierung Stellung genommen worden war.

Genosse Lehmann verteidigt der Leipziger Buchdruckerei A. & C. den Standpunkt, daß er für technische Fragen wie im vorliegenden Falle gar nicht in Frage komme. Genosse Schmidt schreibt aus, daß er von dem Inhalt der Flugblätter erst am Tage der Voruntersuchung Kenntnis erhalten habe. Wenn dann weiter das Geheimnis des Verleger auf dem Flugblatt als Vergehen betrachtet würde, wo doch die Druckfirma angegeben sei, so sei es unverständlich, daß jetzt nach 25-jähriger Praxis etwas gerichtet würde, was früher nie mal weiter beachtet worden sei. Zugleich riet Genosse Schmidt nach, daß mindestens 20 verschiedene Flugblätter des Bürgerausschusses, der demokratischen Partei usw. ebenfalls ohne Angabe des Verleger erschienen sind, was jetzt merkwürdigweise noch kein gerichtliches Verfahren nach sich gezogen habe.

Bei der Vernehmung des Polizeiwachtmasters Hase-Leisnig stellte Genosse Lehmann fest, daß der Beamte, der in Leisnig persönlich nach den Flugblättern gefragt haben soll, und der doch als Zeuge aufzutreten müsste, nicht gekommen ist, daß sein Name gar nicht bekannt war. Es wurde aber von einer Verlagerung der Verhandlung abgesehen, was vom Ablassantrag berichtet wurde, da in diesem Falle gegen Böttcher und Buder nicht mit Erfolg eingetragen werden könne.

Das Gericht kam am Schlusse zu der Ansicht, daß Lehmann, Böttcher und Buder freizugeschenkt werden. Hinzu kam, daß Genosse Schmidt verteidigt es, daß eine wissenschaftliche Begehung oder Beteiligung an den Situations nicht anzunehmen sei, daß aber Fahrflüchtigkeit vorliege. Es kamen deshalb die Paragraphen 21 und 6 des Brehgescrits in Frage, letzter wegen der fehlenden Angabe des Verleger. In ersten Falle wurde auf eine Geldstrafe von 120 Mark, im zweiten Fall von 30 Mark gegen C. erkannt, der auch die Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

<

24] Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

"Gut, die große Tischglocke erblühte, und wir versammelten uns alle in dem kleinen Salon, worin Lady Crawley wohnt. Sie ist die zweite Lady Crawley, und die Mutter der jungen Damen. Sie war die Tochter eines Eisenhändlers, und wurde einst für eine gute Partie gehalten. Sie sieht aus, als wäre sie eine Schön gewesen, und ihre Augen trüben stets, wahrscheinlich aus Kummer über den Verlust ihrer Schönheit. Sie ist blau und mager, hat hohe Schultern und ebenfalls offenbar nichts zu sagen. Ihre Tochter, Herr Crawley, war ebenfalls im Zimmer. Er ist blau, mager, häßlich, schwergem, hat dünne Beine, keine Brust, einen hervorragenden Bauch und strohfarbiges Haar. Er ist seiner Mutter über dem Kaminius — Griselda, aus dem edlen Hause Blutle — wie aus den Augen geschauten.

"Dies ist die neue Gouvernante, Herr Crawley," sagte Lady Crawley, mir entgegenkommend und meine Hand nehmend, "Fräulein Sharp."

"Ol!" sagte Herr Crawley, seinen Kopf einmal vorschließend, und fing wieder an, in einer Broschüre zu lesen, an der er eben laute.

"Ich hoffe, daß Sie freundlich gegen meine Nächte sein werden," sagte Lady Crawley mit ihrem roten, stets tränenden Augen.

"Gott, Mama, natürlich wird sie," sagte die Nächte, und ich sah mit einem Blick, daß ich mich vor dieser Frau nicht zu fürchten habe.

"Madame est servie," (Gnädige Frau, es ist gebeten) sagte der Kellermeister im schwarzen Frack und einem ungeheuerlichen weißen Busenstreifen, der ausfah, als ob er eine von den in der Eingangs-halle gemalten Königin-Gesellschaften gewesen wäre, worauf Herr Crawleys Arm nahm und in das Speisezimmer vorausging, wohin ich ihr mit meinen kleinen Schillerinnen an beiden Händen folgte.

"Sir Pitt war bereit mit einer silbernen Kanne im Zimmer. Er war soeben im Keller gewesen und steckte ebenfalls in voller Gala, d. h. er hatte seine Gamashen abgezogen und zeigte seine kleinen Beine in schwarzen gestrichenen Strümpfen. Der Gentleman war mit schimmernden alten Silbergeschirr, alten goldenen und silbernen Besteckern, alten Präsentiersteller und Platz demenage (Plattenlage, französischer, aber im Französischen nicht gebräuchlicher Ausdruck für ein Gestell mit Behältern für Essig, Öl, Salz usw.) bedeckt, wie ein Goldschmiedeladen. Das ganze Tischgeschirr war ebenfalls von Silber, und auf jeder Seite des Nebentisches standen zwei Tassen mit rotem Haar und kanariengelben Vorren.

Herr Crawley sprach ein langes Tischgebet, Sir Pitt sagte Amen, und die großen silbernen Spiegeldecken wurden abgenommen.

"Was haben wir zu essen, Betty?" fragte der Baronet.

"Hammerbrühe, glaubt ich, Sir Pitt," erwiderte Lady Crawley.

"Mouton aux navets" (Hammerfleisch mit Blüten) flügte der Majorbonus (Dankesmeister) ernsthaft hinzu (sprich gefälligst Autongos-nave), und die Suppe ist potage de mouton à l'Ecossaise (Suppe von Hammerfleisch auf schottische Art). Die Nebensätze sind vomzus der terre au naturel (rohe Kartoffeln) und chouleur à l'eau. (Blumenlohl in Wasser gekocht.)

"Hammerfleisch ist Hammerfleisch," sagte der Baronet, "und ein zweites gutes Essen. Welches Schaf war es, Horrocks, und wann haben Sie es geschlachtet?"

"Eins von den schottischen mit schwarzen Rüpfen, Sir Pitt; wir haben am Donnerstag geschlachtet."

"Wer hat etwas davon genommen?"

"Steel von Wudbury hat das Altkönigstisch und zwei Leuten genommen, aber er sagt, das letzte sei zu jung und verrostet völlig gewesen, Sir Pitt."

"Darf ich Ihnen etwas potage anbieten, Fräulein Eh — Fräulein Stumpf?," sagte Herr Crawley.

"Ausgezeichnete schottische Hammerbrühe, meine Liebe," sagte Sir Pitt, "wenn Sie es auch mit einem französischen Namen nennen."

"Ich glaube, Sir, es ist in anständiger Gesellschaft gebräuchlich," sagte Herr Crawley höhnisch, "das Gericht so zu nennen, wie ich es geben habe," und so wurde es uns denn, nicht dem mouton aux navets, auf silbernen Suppentellern von den Tassen mit kanariengelben Röcken präsentiert. Darauf wurde "Bier und Wasser" gebracht und um jungen Damen in Weingläser eingeschenkt. Ich bin keine Bierkamerin, kann aber mit gutem Gewissen sagen, daß ich Wasser vorziehe."

"Während wir uns Mahlzeit genossen, fragte Sir Pitt gelegentlich: „was aus den Vorberleuten des Schasus geworden sei?“

"Ich glaube, sie sind von den Dienstboten gegessen worden," sagte die Lady unterwürfig.

"Ganz richtig, Mylady," sagte Horrocks, "wir kriegen fast nichts andres."

"Sir Pitt brach in ein heiseres Gelächter aus und sah seine Unterhaltung mit Herrn Horrocks fort. „Das kleine schwarze Schwein von der ländlichen Sau muß jetzt gehörig fett sein.“

"Es ist noch nicht ganz zum Plätzen, Sir Pitt," sagte der Majorbonus mit der seelreichsten Miene, worauf Sir Pitt und diesmal auch die jungen Damen in ein heftiges Gelächter ausbrachen.

"Fräulein Crawley, Fräulein Rosa Crawley," sagte Herr Crawley, "euer Gelächter erscheint mir sehr unangemessen."

"Läßt euch nicht an den Lord," sagte der Baronet, "wir wollen das Schwein nächsten Sonnabend probieren. Schlachten Sie es Sonnabend früh, John Horrocks. Fräulein Sharp ist ganz verzessen auf Schweinfleisch, nicht wahr, Fräulein Sharp?"

"Ich glaube, dies ist alles, was ich von dem Gespräch bei Tische weiß."

"Am Schlusse des Mahles wurde eine Kanne mit heißem Wasser nebst einer — glaube ich — nun enthaltenen Steinflasche vor Sir Pitt hingelegt. Herr Horrocks schenkte mir und meinen Schillerinnen drei kleine Gläser Wein, und der Dame vom Hause ein Kelchglas voll ein. Als wir uns zurückgezogen, zog sie aus ihrem Arbeitsraum eine ungeheure, endlose Süderlei herum, und die jungen Damen begannen mit schmückenden Karten Mariage zu spielen. Wir hatten nur ein einziges Blatt, aber es stand auf einem prächtigen, alten silbernen Teller, und nach einigen wenigen an mich gerichteten Fragen von der Lady hatte ich die Wahl, mich an einem Bande mit Predigten und einer Flugschrift über die Getreidezölle, worin Herr Crawley vor Tische reichten hatte, zu beschäftigen. So sahen wir eine Stunde lang, bis sich Schritte hören ließen."

(Fortsetzung folgt.)

Abseits der Revolution.

Bon Arthur Moritz.

Eine Sondervorstellung im Opernhaus brachte auch Verstreuung. Vor Beginn der Vorstellung, der Oper Faust, begrüßte uns ein Anarchist und hob hervor, welche Bedeutung dieser Tag habe. Die Freiheit hätten wir ihnen gebracht und woll das Vertrauen gerechtfertigt, daß sie in uns gesetzt hatten. Er drückte seinen Dank aus und die Hoffnung, daß nun der Deutsche wie früher, so auch in Zukunft, weiter die Kunst und Wissenschaft in die Welt senden möge, von der auch sie begierig lernen wollen. Unser wieder mühlen wir hören,

mit welcher Achtung und Verehrung man hier vom Deutschen spricht. Von der Aufführung der Oper, den Darbietungen des verfeindeten Orchesters und zahlreichen Balletts waren wir alle entzückt. Wohl faulierten wir den Text nicht, weil russisch, aber vor jedem Akt wurde er verdeckt, so daß wir leicht der Vorführung folgen konnten.

Von nun an war auch das Soldatenheim unser Diskutierclub geworden, wodurch der dort regierende Pfarrer schweren Stand bekam. Zum Gottesdienst, der ja kein Dienst mehr war, besuchten ihn nur noch einige gläubige Bayern. So versuchte er im Soldatenheim seine schriftliche Bemühungen mit uns. Man merkte es ihm an, daß er sich vereinzelt fühlte. Tränen hat er geweint, als er die Abdankung des Kaisers verlas.

Der 12. Dezember, der Jahrestag der grünländischen Nationalgarde, war großer Volksfeiertag. In prächtiger Reihe standen auf der breiten Hauptstraße die Vollswärter aller Waffengattungen, sowie Arbeitervereine aus allen Ebenen mit roten Fahnen und Bildnissen von Marx, Lassalle, Engels und Bebel. Zahlreiche Kapellen spielten die schwingenden grünländischen Weisen, während der Präsident die Parade abnahm. Häuser und Straßenbahnen waren festlich geschmückt, und abends erstrahlte die innere Stadt in einem Lichtmeer. Nach neuem Muster vertrat eine Deputation unsres S-Rates die Oftaler.

Endlich am 20. Dezember kommt der langsehnte Abreisebefehl von den Engländern, die ursprünglich den Kaufaus befehlt hatten. Alles Überflüssige, Geräte, Pferde, Wagen, muß zurückbleiben. Zu Schuhpreisen wird es der grünländischen Regierung zu einem Kauf angeboten. Wir drehten es das Herz im Leibe herum, wie ich hörte, daß Pferde, die für 8000 Rubel das Stück eingekauft waren, für 150 Rubel abgingen. Mit dem übrigen, dessen Wert in die Hunderttausende ging, war es ebenso. Die Regierung konnte dies alles sehr gut gebrauchen, denn gerade zu unserer Abreise griffen die Armenier sie an. Wir waren noch Zeuge, mit welcher Begeisterung man in den Kampf zog. Wie diese Gesichte endeten, haben wir nicht mehr erfahren können.

Nach willkürlicher Fahrt kamen wir gerade am Weihnachtsfesten abends am Schwarzen Meer an. Natürlich war es das erste, einen Christbaum zu holen, um unser liebes Weihnachtsgeschenk nach alter Sitte zu feiern. Am Weihnachtstag fehlte es nicht. Kegel, Almose, Apfelsinen, alles war vorhanden. Die nötige Stimmung war bald geschaffen. Nur die Natur wollte nicht passen. Bei uns dagegen ist es um diese Zeit schon öde und kahl, die Luft rauh und kalt; hier nicht. Herzlich ist wohl die Landschaft, aber mild die Witterung. Am Tage sogar warm, sonst hätten wir am 1. Feiertage und Silvester nicht im offenen Meer baden können.

Wir waren darauf eingearbeitet, sogleich bei Ankunft auf das von den Engländern bereitgestellte Schiff ziehen zu können, aber das ging nicht so schnell. Erst mußte der 800-Tonnen-Dampfschiff ausgebaut werden, was Tage erforderte. Währenddessen blieben wir in den Eisenbahnwaggons. Am 5. Januar erst konnten wir es beziehen.

Wiederlagen bewußtigende Nachrichten aus der Heimat vor die Spartakistenruhe am Weihnachtsfestenabend waren uns unverständlich, und lebhaft haben wir den Ausschritt der U. S. S. R. aus der Regierung beobachtet. Von ihrer Mitarbeit hatten wir uns den größten Erfolg versprochen. Wir konnten ja damals die Ursachen von allem nicht!

Auch über unser Schicksal herrschte Unzufriedenheit. Eine zur

Erforchung der Befreiungsmöglichkeiten in der Ukraine abgesandte Deputations ließ nichts mehr von sich hören. Die versprochene Hilfe aus der Heimat blieb aus. Ohnmächtig waren wir dem Anfall und den Engländern überlassen.

Silvester kam und noch keine Aenderung unseres trostlosen Zustandes. Zum Glück erhielten wir eine Einladung von der Stadtverwaltung zum gemeinsamen Neujahrsfest, die nicht nur die Stimmung von uns Teilnehmern vom S-Rat, sondern auch die der Allgemeinheit sichtlich hob. Man bot uns Lebensmittel und Geld an und versprach auch sonst alle erdenkliche Hilfe. — In der äußerst gemütlichen Feier im Klubhause der sozialistischen Partei, in das wir mittels besonders bereitgestellter Pferdebahnwagen befördert wurden, erwies man uns Gastfreundschaft bei Wein, Sekt und reichhaltiger Tafel. Die Spione der Behörden, der Stadt und der Regierung misamt ihren Angehörigen und wir bildeten die Gesellschaft. Über den Verlauf waren wir anfangs sehr verdutzt. Bis Mitternacht — es ist so Regel — nichts als Neben und Begegnung der Dörfelner und wieder Neben. Schlag 12 Uhr begann das Leben mit deutlicher Rhythmus. Was dann an der reibesleichten Tafel geboten wurde, hier zu besprechen, würde nur zu lästigem Appell führen. Es genügt wohl, zu sagen, daß dieses lustliche Mahl, unterbrochen von Gesang und Tanz, bis zum hellen Morgen dauerte. Ganz automatisch hatten sich die Kameraden mit vorzüglich schweren Köpfen aus dem Staube gemacht, nur ab und zu hörte man im Garten die einzelnen Opfer leise röhren. Zur Ehre dieses Volkes muß es gesagt werden: in dieser Beziehung sind wir ihm nicht gewachsen.

Das war also eine Abwechslung unseres einsamen Lebens. Die Tage verstrichen wieder langsam und öde. Gelangweilt sahen wir Stundenlang im warmen Sande des Strandes und achteten schon nicht mehr der spielenden Möwen und des Rauschens der Wellen. Traurig arbeiteten uns die Gipfel des Kaufaus. Sie tiefen mit uns das Schicksal der Verlossenheit; denn ihre Bewohner sind in den Krieg gezogen gegen ihren Feind Armenien. Unsre ganze schwache Hoffnung ist noch der Heimweg durchs Mittelmeer und die Güntlichkeit der Engländer dazu. Ein Fußballspiel mit ihnen bringt wieder etwas Leben. An ihrem Sportfest sind wir Zuschauer. Sechs unserer Kameraden gondeln eines Tages aufs freie Meer und kommen nicht zurück. Der Sturm hat sie abgetrieben. Nachahrende Motorboote suchen sie in der folgenden finstern Nacht nicht auf. Erst am vierten Tage kehren sie zurück. Starke Wind hat sie nach Norden verschlagen. In einsamer Gegend sind die Wehrlosen von dortigen wilden Bewohnern ausgeraubt und bei Nacht freigekettet worden. Wir hatten sie schon tot geglaubt und eine kleine Gedächtnissfeier veranstaltet. Die Freude ihres Wiedersehens war daher doppelt groß.

Theater.

Arbeiterbildungsinstitut. (Ein Volksleben im Alten Theater.) Bei so einem Stile, wie auch bei den Räubern oder Weben, laßt der Opposition naturnäher das Herz im Leibe, und es zieht jedem in den Fingern, Beifall zu klatschen. Schön. Aber man muß sich darüber klar sein, daß man dann weder der Kunst des Dichters noch der des Darstellers Beifall klatscht, sondern der politischen Tendenz, die man in so ein Stile hineinlegt. Dieser Gebrauch des Theaters zur Politik war in der revolutionären Epoche des Bürgerkriegs — wenn wir von einer solchen in Deutschland reden dürfen — sehr erklärt, da die Schauspieler, an deren Stelle heute Presse, Parlament, Versammlung und Straße getreten sind, damals die einzige Gelegenheit zur Demonstration war. Heute kann das Theater diese Rolle nicht mehr spielen, weshalb auch die Versuche vor einem Menschenalter, die Volksschule als politisches Kampfmittel auszubauen, scheitern mußten. Beim Volksleben nun wird der Tendenzbeifall immer einen Haken haben. Drei Akte lang geht es nämlich gut, aber im vierten friegt man Dinge zu hören, mit denen die Reiztheit der schwieligen Faust nichts anzufangen weiß. Der Doktor Stockmann, vom Dichter abschrecklich übertrieben und voll leiser

ironie gezeichnet (mit der Figur des Gregers Werle in der Wildente wurde er dann vollends als Idioten entlarvt), der Doktor Stockmann vergaß in der Versammlung Dinge, die allen Demokraten höchst anständig sein müssen. Darum hat Plechanow denn auch alles daran gesetzt, diesen als kleinbürgerlichen Spieler bloßzustellen. Heute, angeholt der diskutierten Diktatur der Minderheit, hören sich Stockmanns Leidetzen übrigens sehr plant an. Aber daran dachtet das Publikum des Instituts sicher nicht, sondern war begreiflicherweise etwas irritiert und hätte konsequenterweise sogar zugeschaut. Um so mehr, als die starken Äußerungen in diesem Akt das Antidemokratische noch besonders hervortreten ließen, so daß Körner in der Rolle des individualistischen Liberalen ironisch schwieg. Ließ er doch sogar die sehr wichtige Wendung gegen die „versuchte kompakte liberale Majorität“ weg und sprach nur von der kompakten Majorität! So wurde vollends die Tatsache verdeckt, daß Stockmann immer nur, wie sogar Plechanow zugestehen musste, die progressive Minderheit in Auge hat, wenn er sich gegen den Majoritätsabsatz wendet; gar nicht zu reden davon, daß sein Stil in der norwegischen Bauerndemokratie wurtelt, daß also das ganze Volk mit dem eines modernen Industrielandes nicht zu vergleichen ist. Um überhaupt ist die Figur des Stockmann absichtlich politisch ganz allgemein gehalten, und es kommen so auch lauter Dinge vor, die jede Partei sich hinter den Rücken schreiben kann, denn keine besteht aus Engeln. Maßlos wie beim Doktor Stockmann werden überall mal angelegt, und es kommt nur darauf an, daß nicht allzu tragisch zu nehmen, wie man sich ja überhaupt nicht etwa gleich jenen gelegentlichen akademischen Misslizenzen, eine große Sache dadurch vereinlassen darf, daß sie auch von kleinen Personen gemacht wird.

Man tut noch allebedem gut, sich weniger an die Figur Stockmanns zu halten, als an seine Gegenspieler, in denen eben ganz prächtvolle Typen der Reaktion schwelten gezeichnet hat: den ehrlichen, autoritätsstolzen Stadtvoigt, den hablichtigen Handwerker, den liberalen Hausbesitzer, die lästlichen Zeitungsschreiber und den Chor der weitwendlichen Kleinbürgermaße. Solche Individuen, bei denen es erst heißt: Herr Doktor vorne und Herr Doktor hinten, und die dann, wenn sie stehen, daß der Mann sich nicht vor ihren Wagen spannen läßt, sachte abblättern, sieht man immer mit Ergrößen auch auf dem wirklichen Theater. Psychologisch ist wieder das Verhalten des Publikums interessant: wie beim Klatschen, so auch angeholt dieses vom Dichter so diskret gezeichneten Pumpenfestes: wie manche Leute nämlich lachen oder tuscheln, um dem Nachbar zu zeigen, daß sie die Pointen verstanden haben.

Die Aufzäuberung ist sehr ungleich. Vor allem fehlt die große Simplizität, die Schlichtheit. Körner's Stockmann ist ganz auf großes Pathos gestellt, die Gegenspieler meist viel zu sehr auf die Karikatur. Beides wirkt, aber schöner ist es anders. Der Stil für eben verloren gegangen. Am meisten hatten ihn Walters Stadtvoigt und Schlegers Buchdrucker. Die Versammlung bot viele gute Sätze, darunter den ergötzlichen einer Schwangeren, der bei Stockmanns Gottlosigkeit überwältigt wird. Am ersten Akt, wo irgend etwas verstimmt war, wie sich Körner im Regierungssaal bei offener Sitzung zu zeigen, daß sie die Pointen verstanden haben.

Rudolf Franz.

Kleine Chronik.

Hans Reimann. (Städtisches Kaufhaus) Hans Reimann wurzelt fest im Bürgertum. Er ist kein Delicatessen. Seine Saiten sind weich wie Sonnengemmel und röhren nicht an den Grundfesten des bürgerlichen Eigentums. Nachdem der Bürgermann wohlgefallt diese Tatsache festgestellt hat, hindert ihn nichts mehr, sich den Drachen einmal in der Nähe anzuschauen. Er schlüpft in den Pelz, sieht sich seine achtzehn Ringe an die Finger und geht hin. Und schläft ein. „Innerwörter! Nicht mal ein kleines Sündchen wird einem für das viele Geld vorgeschrieben. Daß der Drache aber auch ein so zahmes Viechel sein muß! So wurde die Bourgeoisie enttäuscht“ die radikalen Kleinbürger waren zufrieden und die sozialistische Kritik hatte nichts anderes erwartet. Die Besichtigung Reimanns kann Dienstleistungen nur dann erzielen, wenn sie sich auf den Boden einer festen Weltanschauung begeben, die es ermöglicht, das Segelemeister am Gesellschaftskörper spielen zu lassen. Dann wird er aber seiner eigenen Klasse nicht nur hin und wieder mit aller Zovialität auf den Schuppen treten. Der Kaufhausbesitzer Reimann war ein harmloses Teekränzchen einer noch harmloseren Drachengemeinde.

P. B.
Hugo-Wolf-Abend. Mit Hugo Wolf kam eine neue Epoche in die Liederliteratur, schon durch die abwechslungsreiche Klavierbegleitung. Von einer Meisterin wie Elena Gerhardt hört man viele Lieder in höchster Bollenburg. Von den 10 Liedern, die verschiedene Stimmung finden, verstand sie jedem seinen eigenen Charakter zu geben, und in den sechs von Mörike entwickelten sie ihre höchste Meisterschaft. Paula Degner begleitete diesmal mit mehr Schnell.

Ein privates Orchester soll, nach einer Behauptung der Leipziger Kleinstadtzeitungen, demnächst an Stelle des geplanten zweiten städtischen Orchesters gegründet werden. Warum hört man nichts mehr von dem städtischen Plan? Angeblich wegen der hohen Kosten. Über ein privates Unternehmen kann's machen! Für wie unfähig müssen die maßgebenden Instanzen sich selber halten, wenn sie sich nicht einmal trauten, das zu leisten, was private Unternehmen vermögen! Oder will man den befürworteten Ausflugsunternehmern zu Profit verhelfen?

Arbeiterbildungsinstitut. Wie schon kurz mitgeteilt, findet die Aufführung der größeren Werke in Vach wegen der einkommenden Kälte nicht Dienstag in der Thomaskirche, sondern Mittwoch vor dem zweiten Tag im Gewandhaus statt. Eintritt 511 Uhr, Beginn 12 Uhr. Es wird gebeten, die Veränderung den Karteninhabern nach Möglichkeit mitzuteilen. Weiter sei darauf aufmerksam gemacht, daß ein festliches, enthaltend Erläuterung und Texte, zum Preis von 80 Pf. am Eingang abzugeben wird. Gegen Vorstellung dieses Festes erfolgt kostenloser Abzug der Gardekosten. Um eine rasche Erledigung durchzuführen, wollen die Besucher das nötige Kleingeld mitbringen.

Unter Hochmittag. Einer Aufführung entnehmen wir: 1. Mein Unternehmen hat keine „Richtung“; es ist nur eine gesellig-meist-künstlerische Veranstaltung. — 2. Das Gelände, das „Deutschland“ ist, ist noch mehr „bergsteigen“ geprägt: Deutschland ist nicht mehr, was es war. Über ein privates Unternehmen kann's machen! Für wie unfähig müssen die maßgebenden Instanzen sich selber halten, wenn sie sich nicht einmal trauten, das zu leisten, was private Unternehmen vermögen! Oder will man den befürworteten Ausflugsunternehmern zu Profit verhelfen? — 3. Der Vorsprung war völlig tendenziell.

Einschränkung des Gas- und Stromverbrauchs.

Im Hinblick auf den allgemein herrschenden empfindlichen Mangel an Kohlen und Betriebsstoffen muß die Bestimmung unter II unserer Bekanntmachung vom 4. dieses Monats, wonach die verfügbaren Einschränkungen des Stromverbrauchs auch für Fälle der Verwendung von in eigenen Anlagen erzeugtem Strom zu gelten haben, bis auf weiteres unbedingt aufrecht erhalten werden. Am übrigen wird die bezügliche Bekanntmachung noch wie folgt geändert:

I. I. und II. Den Verbäuer- und Ferseurgeschäften wird die Einnahme von Gas und Strom bis 6 Uhr nachmittags gestattet.

II. I. und II. Gas und Strom darf außer für die Raumbeleuchtung auch nicht für Warmwasserbereitung, insbesondere nicht für Badezwecke, verwendet werden.

Von der Einsicht der Bevölkerung wird erwartet, daß die Einschränkungsmaßnahmen streng eingehalten werden, da sich nur unter dieser Voraussetzung eine völlige Stilllegung unserer technischen Werke infolge Kohlemangels wird vermeiden lassen.

Leipzig, den 15. November 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Bekanntmachung.

In der Streitsache des Angestellten Hermann Westing gegen die Leipziger Generalagentur der Schlesischen Feuerversicherungsgesellschaft in Breslau hat der Schlichtungsausschuss Leipzig am 20. Oktober 1919 nachstehenden Schiedsspruch gefällt:

Es wird festgestellt, daß der Angestellte der Leipziger Generalagentur der Schlesischen Feuerversicherungsgesellschaft in Breslau Hermann Westing keinen Anspruch auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe entsprechend dem Leipzig-Berliner Abkommen hat.

ges. Dr. Bierling

E. G. Damm Ernst Krause
M. Werner Paul Niechmann
D. Berger W. Lendel

Beide Parteien haben sich dem Schiedsspruch unterworfen.
R. 1829

Schlichtungsausschuss Leipzig.

Bekanntmachung.

In der Streitsache der Lehrlinge Kurt Gebhardt, Werner Herkisch, Erich Funke und Johannes Harder gegen die Provisions-Generalagentur der Preußischen Nationalversicherungsgesellschaft in Stettin. Rud. Abel u. Hergt in Leipzig hat der Schlichtungsausschuss in Leipzig am 20. Oktober 1919 nachstehenden Schiedsspruch gefällt:

Es wird festgestellt, daß die Provisions-Generalagentur Rud. Abel u. Hergt in Leipzig verpflichtet ist, ihren Lehrlingen Kurt Gebhardt, Werner Herkisch, Erich Funke und Johannes Harder eine Wirtschaftshilfe entsprechend dem Leipzig-Berliner Abkommen zu gewähren.

ges. Dr. Bierling

E. G. Damm Ernst Krause
M. Werner Paul Niechmann
D. Berger W. Lendel

Die Lehrlinge Gebhardt, Herkisch, Funke und Harder haben sich dem Schiedsspruch unterworfen; die Firma Rud. Abel u. Hergt hat sich dem Schiedsspruch nicht unterworfen.
R. 1972.

Schlichtungsausschuss Leipzig.

Bekanntmachung.

In der Streitsache des Büffetiers Hugo Höltig gegen die Zeitung des Leipziger Centraltheater, Aktiengesellschaft, hat der Schlichtungsausschuss Leipzig am 5. November 1919 nachstehenden Schiedsspruch gefällt:

Es wird festgestellt, daß Herrn Hugo Höltig gegen die Zeitung des Centraltheaters ein Anspruch auf Wiedereinstellung nicht zusteht.

ges. Dr. Bierling

Gustav Klemm C. Nitsche
E. G. Damm Emil Stöhr
D. Berger C. Aubenke

Die Zeitung des Leipziger Centraltheater, Aktiengesellschaft, hat sich dem Schiedsspruch unterworfen; der Auftraggeber Höltig hat sich dem Schiedsspruch nicht unterworfen.
R. 3229.

Schlichtungsausschuss Leipzig.

Porträt.

Die heutige

Gemeindevorstandsstelle

ist am 1. Januar 1920 neu zu besetzen. Das Gehalt beträgt 3000 Mark. Werner wird eine widerrechtliche Teuerungsabgabe von 3000 Mark gewährt.

Für dieses Amt geeignete Bewerber wollen ihre Solche mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit bis spätestens den 25. November 1919 hier einreichen.

Personliche Vorstellung ohne Aufrückerung wird verbieten.

Porträt bei Leipzig, den 14. November 1919.

Der Gemeinderat.

Dessentliche Versteigerung.

Am Dienstag, dem 18. und Freitag, dem 21. November 1919, vormittags von 9—1 Uhr

finden im Artillerie-Depot 19. R. R., Leipzig-Gohlis, Heerstraße 4

Versteigerungen statt von folgenden Gegenständen:

Fahrzeuge militärischer Art, Geschütze, Geschützstiele,

Steigungstüle, Stallfachen, Bleindaternen, Delftaschen.

Des weiteren finden

am Montag, den 17. und Donnerstag, den 20. November 1919, vormittags von 9—1 Uhr

im Train-Depot 11. R. R., Leipzig-Gohlis, Lager-Kaserne

Infanterie-Reg. Nr. 106, Leipzig-Go., Neuherr Hallische Str.

zwei Versteigerungen von Restbeständen der Wagenhäuser 1 und 2 statt von folgenden Gegenständen:

Schanzzeug, einzelne Geschützstiele,

Stellungsförder, Feldküchenengerät.

Die Gegenstände werden nur an Selbstverbraucher abgegeben;

für Mängel im Rechte oder der Sache wird keinerlei Gewähr ge-

leistet. Der Bauschlag erfolgt frei Standort. Bezahlung muß in

bar erfolgen (1770 S.)

Reichsverwaltungsbüro, Landesstelle Sachsen,

Lagerverwaltung Leipzig-Stadt, Leipzig-Gohlis.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Tüchtige Former

bei hohem Lohn suchen

Otto Oehler & Co., Eisengießerei, Eisenberg, S.-A.

Wir suchen für unter Fabriklagen einen gewandten, fleißigen

Lagerarbeiter

für Materialausgabe, der mit einschläg. Arbeiten vertraut ist.

Gebr. Kaiser, Maschinenfabrik

Dessauer Straße 10.

Hilfshubnugler

gesucht. Reif & Dorn, 2. R. S., Wasserturmstr. 10.

Kriegsbesch. Kaufmann oder Fräulein,

welche ffirm in Buchführung ist, wird sofort gesucht. Off. unt. R. 62 an die Egep. d. Blattes.

2 kr. Schuljungen suchen

selbe Ellboten, Querstraße 6.

Perfekte Falzerinnen

für bauernb. gehobt?

Spanersche Buchbinderei

Breitkopfstraße 7, III.

Jung, ehrl. Mädchen

für Hilfe im Haush. mit voller

Zufüllg., ohne schlafen, ver sof. schaft. Moritz, Eisenstr. 27.

Aufwartung

angl. für den ganz. Tag gesucht

Gohlis. Heroldsgasse 7, I.

Schuhmacher sucht Belmarb.

Off. unt. R. 58 a. Exp. d. Blatt.

Berhäuser

Kleine Tischlerei zu

vert. Friedenauer Straße 40.

Saalspritzwachs, Bohner-

wachs, pa. Fußbodenöl

heftig in befann. Güte zu kon-

kurzungen bilden. J. Jacob,

Seitg. Mädern, Eckardstr. 3.

Brennholz

Riefer in Röhren geöffnet,

bonier 11 Mark frei Haus.

Bitte rufen Sie 17 841.

Zum bevorstehend. Totenson-

ntafel Kränze u. künstliche

Blumen verschiedener Sorten.

Förster, Klisch., Schloßgasse 15.

Zwei getr. MIL.-Stiefel, 27,7,

zu vert. Bl. Johnstr. 66, I. I.

Neue MIL.-Stiefel, Gr. 27,7,

zu vert. Bl. Lufastr. 1, I. pt. r.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. 2. R. 1. pt. r.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Winterp. zu vert. Bl. Johnstr. 12, II. r.

Trauerp. bill. zu verkaufen.

Waastr. Jahnstraße 65, I. I.

Verkaufe bill.: Winterp.

Neues Theater.

Kurgästebau. (Fernruf 1415.)
Montag, den 17. November 1919
245. Unrechts-Vorstellung (R. Geige, blau)

Carmen.

Ober in 4 Akten, Durch nach P. Merimées gleichnamiger Novelle von G. Milliet und C. Santini, Musik von Georges Bizet.
Militärische Zeitung: Wanti Weißleiter.
Puffmeisterin: Karl Schöffer.
Verleger: Goethebau. Elternschaft: Ernst Schöffer; Quintus, Verleger, Hauptmann (Friedrich) von Hof, Womann, Bürgermeister (Hans); Ober, Ernst Herbolz; Gräfin, Mademoiselle, Oberrechtschreiber, Abgeordneter (alle Tondra), Sophie Vorster, Lovisa (Hilfthof); Tancreto, Remondino, Schmuggler (Hans); Hora, Eugen (Hilfthof); Aladja, Bauerndame (Else Schulz-Schäppel); Der Wirt (Hans); Brüder (Eduard, Eduard).
Castrato, Aligrettenarbeiterinnen, Blaumutter, Schmuggler, Herren- und Damen-Dorf. — In und nach Sevilla 1880.
Tänze ausgedacht von Emma Gräbner; im 4. Akt: Tanz der Abgesetzten; Charlotte Brünne und 6 Tänzerinnen; im 4. Akt: Elfen-Lusttanz; die Tänzerinnen; by Madeline; Charlotta, Womann, Womannssohn Jacob, Oberst Hoffmann, Else Stare, Anna Stare, Otto Schmidt, Emma Hoffmann, Max Starke, Adolf Kreller; 9. Akt: Gertrud Engert und das gesamte Tanzensemble.
Kaufe noch dem 2. und 3. Akt.

Eintritt 50, Uhr. Eintritt 6 Uhr. Ende gegen 0, Uhr.

Gebenzen- und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 18. November: 246. Unrechts-Vorstellung (R. Geige, blau).

Mittwoch, den 19. November: 247. Unrechts-Vorstellung (R. Geige, blau).

Freitag, den 21. November: 248. Unrechts-Vorstellung (R. Geige, blau).

Battenberg-Theater

Heute abend 7 Uhr

Das Verbrechen, Liebe'
Tendenz-Sitten-Drama in 3 Aufzügen von Thilo Schmidt.
Morgen u. folgende Tage: **Das Verbrechen, Liebe'**.

Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.
Vorverkauf: Tageskasse 10—2 Uhr, Sonnabends 10—1 Uhr
u. 4,5—5 Uhr u. Zigaretten-Gesch. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Variété Bassenberg

Abends 7 Uhr
Das abwechslungsreiche

Riesen-Variété-Programm
(12 erstklassige Variété-Nummern)

Vorverkauf: Tageskasse 10—2, Sonnabends 10—1, u.
4,5—5 Uhr, u. Zigaretten-Gesch. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Krystall-Palast

Theater

Täglich abends 7 Uhr

Grosse internationale
Ringkampf-Konkurrenz

Vorher: Der glänzende Variété-Spielplan

Vorverkauf: Aug. Pollich, H. Dittrich, Hallische Strasse

Drei Linden

Täglich Anfang 7 Uhr

Der humoristische
Variété-Spielplan

Ernst ist das Leben — heiter die Kunst

Ende gegen
10 Uhr

Letzte Straßenbahn
nach 10 Uhr

Vorverkauf: Tageskasse (gelb), 10-2 Uhr; Tel. 23343, 33403,
Th. Althoff, Peterstr. — Konsumverein Karl-Heine-Strasse.

Straßenbahnverbindung: Linden 3, 15, 17, 18.

Kasslers Festsäle

Leipzig - Volkmarstadt, Elisabethstrasse 13

Strassenbahn S. 3, 4, 7, 8.

Glänzend renoviert. Prächtig ausgestattet.

Morgen Dienstag

Der feine Ball.

Anf. Punkt 6 Uhr, Herren 1.50, Tanz frei, Damen 1 Mk.

8½ Uhr: Konter.

GUTE STUBE täglich grosser Betrieb.

Gosenschlösschen, Eutritzsch.

Telefon 18277

Heute Montag von 6 Uhr an

ELITE-Festball.

Eiskeller L.-Connewitz

Morgen Dienstag: 10 Uhr Feiner BALL.

Leut Voranzeige geht die Gastwirtschaft

Alte Burg

Fernruf Pfaffendorfer Strasse 1 Fernruf

4422 dem Alten Theater gegenüber 4422

am heutigen Tage in meinen Betrieb über. Ich empfehle vorzüglichen Mittags- u. Abendbisch, sowie bestgepflegte Biere der I. Aktienbrauerei Kulmbach, H. Weine, Vereins- u. Konferenz-Zimmer, 50 Personen fassend, frei. Für aufmerksame Bedienung Sorgo tragend, bittet um gütigen Besuch

Richard Schneider

früher 20 Jahre Nikoleistrasse.

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10

10